PROTOKOLL

über die 14. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 7. Juli 2005, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Gerhard Bremm, Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN: Wilhelm Hauser, Gunter Mayrhofer, Walter Oppl
Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE: DI Christian Altmann, Kurt Apfelthaler, Karl Baumgartner, Rudolf Blasi, Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta, Roman Eichhübl, OAR Ernst Esterle, Ute Fanta, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Walter Gabath, Ing. Wolfgang Hack, Gerald Hackl, Ing. Franz-Michael Hingerl, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Rudolf Kohl, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Hans Payrleithner, Rosa Rahstorfer, Dr. Michael Schodermayr, Mag. Erwin Schuster, Silvia Thurner, Eva-Maria Wührleitner, Mag. Helmut Zöttl

VOM AMT: MD OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, SR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: GR Rudolf Schröder

PROTOKOLLFÜHRER: Christian Aichmayr, Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

2) ANGELOBUNG EINES NEUEN GEMEINDERATSMITGLIEDES

3) BILDUNG DER GEMEINDERÄTLICHEN AUSSCHÜSSE; ÄNDERUNG IN DER ZUSAMMENSETZUNG

4) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

5) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

6) AKTUELLE STUNDE

7) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS

8) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

KEINE VORHANDEN

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

1) Präs-399/05 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Vizebürgermeister a.D. Dr. Leopold Pfeil.

2) Präs-357/05 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Kons. Ing. Klaus Lehner.

3) Präs-417/05 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Roland Brunhofer.

4) Präs-158/05 Verleihung der Prof. Anton Neumann-Medaille an Frau Ingrid Ehler.

5) Präs-359/05 Verleihung der Prof. Anton Neumann-Medaille an Herrn Kons. Paul Pfaffenbichler.

6) GHJ2-40/05 Erweiterung der Fahrzeughalle beim FW Haus KHD, Industriestraße 1.

7) Fin-120/04 Rechnungsabschluss 2004.

8) Rp-1/04 Kontrolle und Revision; Jahresbericht 2004 gem. § 39 Abs. 3 StS

9) BauGru-17/04 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.6, Dornach – Stadtgut.

10) FW-6/05 Ankauf einer Drehleiter mit Korb „DLK“ für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr, Zustimmung zur vorzeitigen Ausschreibung und Sicherstellung der finanziellen Mittel.

11) Präs-105/98 Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse (GOGR); neuerliche Überarbeitung.

12) Präs-419/05 Antrag der Grünen betr. Überprüfung der Repräsentationskosten/Verfügungsmittel des Herrn Bürgermeisters, der VizebürgermeisterInnen, Mitglieder des Stadtsenates und des Magistrates.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

13) Fin-129/05 APT Steyr; Jahresabschluss 2004.

14) Fin-130/05 APM Steyr; Jahresabschluss 2004.

15) Fin-65/01 OÖ. Hilfswerk – Tagespflegezentrum Ennsleite; Subventionsansuchen für den laufenden Betrieb 2005.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

16) ÖAG-11/04 Verkauf des Grundstückes 713/3, Grundbuch Gleink, an Herrn Hans Pichler, 4407 Steyr-Gleink, Mayrhoferstraße 2; Änderung des Beschlusses des Gemeinderates vom 25. 11. 2004.

17) GHJ2-42/05 Heizkesseltausch VS Plenklberg, Punzerstraße 11.

18) KD-27/05 Ankauf eines Kleintransporters (Kastenwagen) für den Straßendienst; Ersatzbeschaffung; Kreditübertragung.

19) GHJ2-21/05 Neubestuhlung Stadttheater.

20) GHJ2-26/05 Vollwärmeschutz Volkshochschule.

21) Schu-29/04 Schulerhaltungsbeiträge für öffentliche Berufsschulen; Genehmigung von Kreditübertragungen sowie Kreditüberschreitungen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

22) Fin-287/03 RHV Steyr und Umgebung, Rechnungsabschluss 2004; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

23) Präs-321/05 Familienfördernde Maßnahmen für OÖ. Gemeindebedienstete; Änderung der Haushaltsbeihilfe und der Schulbeihilfe.

24) Pers-763/99 OÖ. Landesbeamten-Pensionsreformgesetz; Pensionskassenvertrag mit der APK Pensionskassen Aktiengesellschaft, 1031 Wien, Landstraßer Hauptstraße 26; Vertragsänderung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

25) BauT-8/04 Kanalisation Stadt Steyr – Kanalneubau 2005
1. Gleink – Neustift
2. Gleink – Schillhubergründe
3. Gleink – Rieglergründe
4. Gründberg – Mayrpeterweg
Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe zur Kanalerrichtung.

26) BauBrü-2/01 Schönauer- und Vorlandbrücke; Asphaltbelagserneuerung.

27) Wa-4/01 Errichtung des Rückhaltedammes Dorningerbach; Verpflichtungserklärung und Freigabe der Mittel.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, sehr verehrte Gäste, sehr verehrte Beamte, ich darf die heutige Sitzung eröffnen und feststellen, dass ordnungsgemäß einberufen wurde. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Protokollprüfer sind GR Mag. Gerhard Klausberger und GR Walter Gabath. Entschuldigt ist heute GR Rudolf Schröder.
Ich komme gleich zu Punkt 2), Angelobung eines neuen GR-Mitgliedes.

Frau Gemeinderätin Roswitha Großalber hat mit Schreiben vom 31. 5. 2005 mitgeteilt, dass sie auf die Ausübung ihres Gemeinderatsmandates verzichtet.

Sie hat ja eine lange Geschichte auch hier. Frau Großalber war in folgenden Ausschüssen tätig:

Vom 30.10.97 - 22.10.03 im Umweltausschuss und im Ausschuss für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen.

Sie war Ersatz im Kultur-, Wohnungs- und Prüfungsausschuss.

Ab 23.10.2003 war sie im Wohnungs- und Umweltausschuss, im Ausschuss für soziale Angelegenheiten und Jugend und Gesundheit.

Ersatz im Prüfungsausschuss, Ausschuss für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und -planung

Liebe Roswitha, ich möchte mich bei dir, nicht nur als Bürgermeister sondern auch im Namen des Gemeinderates, ganz, ganz herzlich für deine Tätigkeiten hier im Gemeinderat bedanken.
Du warst immer eine sehr engagierte Kämpferin für den Sozialbereich. Ich erinnere mich ganz gerne auch an die Diskussionen, wenn es um die Kindergärten gegangen ist, da warst du immer ganz besonders engagiert. Ich möchte mich für deine Tätigkeiten ganz, ganz herzlich bedanken und ich möchte dir im Namen der Stadt ein kleines Geschenk überreichen.

Beifallskundgebung

ROSWITHA GROSSALBER:
Ich möchte mich auch ganz herzlich bedanken für das wunderbare Geschenk und die netten Worte und ich wünsche dem Gemeinderat, allen hier, alles Gute und eine erfolgreiche Arbeit im Namen unserer Stadt und im Namen unserer Bürger. Alles Gute und wunderschöne Ferien und danke, dass ich die Zeit mit euch verbringen durfte. Meinem Nachfolger natürlich auch alles Gute.

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir wünschen der Roswitha Großalber natürlich auch in Zukunft alles, alles Gute, viel Erfolg und vor allem Gesundheit.

ROSWITHA GROSSALBER:

Vielen Dank und für heute wünsche ich euch eine kurze, interessante Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Aufgrund dieser Mandatszurücklegung wird es heute zur Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates der Stadt Steyr seitens der SPÖ-Fraktion kommen.

In der heutigen Sitzung des Gemeinderates ist daher Herr Ernst Esterle anzugeloben.

Die Gelöbnisformel lautete:

„Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern."

Ich ersuche nun Herrn Ernst Esterle, sich von seinem Platz zu erheben und dieses Gelöbnis mit den Worten „ich gelobe" zu leisten.

GEMEINDERAT OAR ERNST ESTERLE:
Ich gelobe.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Ich wünsche dir für deine Tätigkeit in unserem Gemeinderat viel Erfolg und alles Gute.

Wir kommen zu Punkt 3), Bildung der gemeinderätlichen Ausschüsse, Änderung in der Zusammensetzung.

In der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 23. 10. 2003 wurden die gemeinderätlichen Ausschüsse gem. § 40 StS 1992 neu gebildet und deren Mitglieder durch Wahl bestimmt.

Bedingt durch die Zurücklegung des Gemeinderatsmandates durch Frau Gemeinderätin Roswitha Großalber ist auch eine Änderung der personellen Zusammensetzung der Gemeinderatsausschüsse bei der SPÖ-Fraktion notwendig. Es wurde mir ein einsprechender Wahlvorschlag für die Wahl der Ausschussmitglieder seitens der SPÖ-Fraktion übermittelt. Über diesen neuen Vorschlag der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse ist nunmehr eine Wahlhandlung durchzuführen, an der nur die Mitglieder der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wahlberechtigt sind. Dieser Vorschlag lautet:

im Wohnungsausschuss:
Ingrid Weixlberger anstelle von Roswitha Großalber
als Ersatzmitglied: Ernst Esterle anstelle von Ingrid Weixlberger

im Prüfungsausschuss:
als Ersatzmitglied: Ernst Esterle anstelle von Roswitha Großalber

im Ausschuss für soziale Angelegenheiten, Jugend und Gesundheit:
Silvia Thurner anstelle von Roswitha Großalber
als Ersatzmitglied: Ernst Esterle anstelle von Silvia Thurner

im Ausschuss für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Stadtplanung:
als Ersatzmitglied: Ernst Esterle anstelle von Roswitha Großalber

im Umweltausschuss:
Ernst Esterle anstelle von Roswitha Großalber

Ich ersuche daher die Mitglieder der SPÖ-Gemeinderatsfraktion zum Zeichen der Zustimmung mit dem eingebrachten Wahlvorschlag, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Damit gelten die von der SPÖ-Gemeinderatsfraktion vorgeschlagenen Ausschussmitglieder und Ersatzmitglieder als gewählt.

Ich komme zu Punkt 4), Beantwortung von allfälligen Anfragen. Es sind keine vorhanden.

Punkt 5), Mitteilungen des Bürgermeisters.

Junge Architekten präsentieren Stadtvisionen“

Unter dem Motto „Stadtvisionen“ präsentierten vor kurzem die beiden jungen Steyrer Architekten Mag. Markus Knöbl und DI Jochen Kranzer Stadtentwicklungs-Projekte im Steyrer Rathaus. Jochen Kranzer hat in zweijähriger Arbeit ein dreidimensionales EDV-Modell des Stadtplatzes erarbeitet. Der Betrachter kann mit dem Joystick über den Steyrer Stadtplatz spazieren, er kann unter anderem das Zentrum aus der Vogelperspektive betrachten und er kann sich auch Informationen zu den einzelnen Gebäuden besorgen. Ein Projekt, dass sowohl für die Stadtplanung als auch für den Tourismus hochinteressant ist. Kranzers Arbeit ist im Rahmen der Archdiploma 2005 in der Zeit von 6. bis 28. Oktober in der Wiener Kunsthalle zu sehen.

Markus Knöbl beschäftigt sich in seinem Projekt nicht nur mit den aktuellen Problemen der Steyrer Innenstadt, sondern mit der gesamten urbanen Struktur im Zusammenhang mit dem oberösterreichischen Wirtschaftsraum. Die grundlegenden Teile seiner Arbeit: gezielte bauliche Verdichtung von brachliegendem Stadtraum, ein Gesamtkonzept für den Verkehr und Fußgeher-Verbindungen zu den zentrumsnahen Stadtteilen.

Literatur-Wettbewerb der Stadt Steyr: Das Thema heißt „Erinnern - Vergessen“

Die Stadt Steyr schreibt gemeinsam mit der Wiener Städtischen Versicherung, der Sparkasse Oberösterreich und der Buchhandlung Ennsthaler einen Literaturpreis aus, der mit insgesamt 7.200 Euro dotiert ist. Das Thema heißt „Erinnern - Vergessen“.
Wer kann mitmachen?
Teilnahmeberechtigt sind alle, die nach dem 30. Juni 1970 geboren sind. Der Wettbewerb wird im gesamten deutschsprachigen Raum für alle Arten von Texten ausgeschrieben. Der Umfang der Arbeiten soll maximal fünf Seiten DIN A4 betragen. Die Texte müssen überwiegend in deutscher Sprache verfasst und in sechsfacher Ausfertigung eingereicht werden (maschinenschriftliche Form). Die eingereichte Arbeit darf noch nicht mit einem öffentlichen Preis ausgezeichnet worden sein.

Jury entscheidet
Die Arbeiten werden von einer hochkarätigen Jury bewertet, die sich aus Fachjournalisten, Schriftstellern und anderen Kulturschaffenden zusammensetzt. Die Schlussveranstaltung des Literaturwettbewerbs findet am 25. November 2005 statt.

Freestyle Card

Freestyle-Card heißt das neue Jugend-Projekt, das heuer erstmals in Steyr in den Sommerferien für junge Menschen zwischen 11 und 16 Jahren gestartet wurde.

Für bestimmte Tätigkeiten im Sinne des Gemeinwohls können Jugendliche Bonus-Punkte sammeln, für die sie Belohnungen bekommen. Bonus-Punkte gibt es unter anderem für Mithilfe in den Steyrer Altenheimen, für Reinigungsarbeiten im Schlosspark, für einen Einsatz beim Roten Kreuz oder bei der Feuerwehr. Als Belohnung bekommen die Jugendlichen unter anderem Handy-Wertkarten oder Kinokarten. Steyr ist die erste Stadt in Oberösterreich, die Freestyle-Card im großen Ausmaß organisiert. Darauf sind wir natürlich sehr stolz. Das Interesse der jungen Menschen an diesem Projekt ist sehr groß, sehr viele junge Steyrerinnen und Steyrer haben sich bereits für Freestyle-Card angemeldet. Es gibt sogar Bereiche, die sind schon ausgebucht.

Alte Elektrogeräte können gratis abgegeben werden

Ab 13. August 2005 können alle Steyrerinnen und Steyrer ihre alten, defekten Elektrogeräte in Haushaltsmengen gratis im Steyrer Altstoff-Sammelzentrum abgeben. Dieser neue Service basiert auf einer aktuellen EU-Verordnung, die für alle Altstoffsammelzentrum Europas gilt.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im Juni 2005 betrug 5,5 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,1 %

geringer. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr erhöhte sie sich um 0,7 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Juni 2005 2.336. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 0,6 % (d.s. 13 Personen) und gegenüber dem Vorjahr erhöhte sie sich um 17,1 % (d.s. 341 Personen).

Im Juni 2005 sind 456 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 34 Stellen weniger und gegenüber dem Vorjahr um 20 Stellen mehr.

Wir kommen zu Punkt 6), „Aktuelle Stunde“.

Die VP-Fraktion hat rechtzeitig das Thema „Sondernummer Amtsblatt“ zur Behandlung in der „Aktuellen Stunde“ angemeldet. Ich ersuche einen Vertreter der VP-Fraktion, ihr Thema vorzutragen.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Hohes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. In der letzten Fraktionsvorsitzendenkonferenz wurde die Freigabe für die Sonderausgabe des Amtsblattes zur Erinnerung an den 60 Jahre Frieden und 50 Jahre Staatsvertrag einstimmig beschlossen. Dem Steyrer Widerstand gebührt höchstem Respekt. Vonseiten des Bürgermeisters wird in der Sonderausgabe eingangs auch der private und individuelle Widerstand in Steyr erwähnt. Es verwundert jedoch, dass in der Sonderausgabe in diese Richtung nicht recherchiert und Großteils nur über den roten bzw. kommunistischen Widerstand berichtet wird. Als Beispiel der einseitigen Berichterstattung werden nachstehende Personen, die in der Sonderausgabe keinen Eingang fanden, erwähnt. Unser hochgeschätzter, jahrelanger Stadtpfarrer Johann Steinbock, welcher Jahre im KZ Dachau litt. Sparkassendirektor Markschläger, Mitglied der christlich-sozialen Partei. Pfadfindergruppe Steyr 2, welche sich weigerte der Hitlerjugend zu weichen bzw. beizutreten. Angestellter der Löwenapotheke welcher im KZ inhaftiert wurde und viele mehr. Gerade in diesem Bereich ist eine einseitige Berichterstattung nicht gerechtfertigt und sollte doch auch den nicht-kommunistischen Steyrern, die Widerstand geleistet haben, gedenkt werden. Warum, sehr geehrter Herr Bürgermeister, werden großteils nur Widerstandskämpfer einer politischen Gesinnungsgemeinschaft erwähnt und warum, sehr geehrter Herr Bürgermeister, wird gerade bei einer Sonderausgabe des Amtsblattes der Inhalt nicht mit den anderen Fraktionen abgesprochen?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei der Produktion des Amtsblattes 5a „60 Jahre Frieden und 50 Jahre Staatsvertrag“ hat die Redaktion des Amtsblattes sehr intensiv mit den besten Zeithistorikern der Region sowie mit Zeitzeugen zusammengearbeitet. Diese Experten stammen sowohl aus dem katholischen Bereich, wie etwa Mag. Karl Ramsmaier, als auch aus dem linken Bereich, wie der langjährige Steyrer kommunistische Gemeinderat Otto Treml. Die einzelnen Artikel des Amtsblattes sind vor dem Druck von den Fachleuten auf inhaltliche Richtigkeit geprüft und wenn nötig korrigiert worden.

Faktum ist, dass der katholische beziehungsweise christlich-soziale Widerstand in Steyr im Gegensatz zum „roten“ Widerstand schlecht dokumentiert ist. Meistens handelte es beim christlich-sozialen Widerstand um Einzelaktionen - wiederum im Gegensatz zum kommunistischen Widerstand. Es liegen jedenfalls über die Tätigkeit von christlich-sozialen Widerstandskämpfern in Steyr keine wesentlichen Forschungsergebnisse vor. Diese extrem arbeitsintensive Recherche durchzuführen, kann nicht Aufgabe der Amtsblatt-Redaktion sein. Sollten in diesem Bereich neue Fakten auftauchen, sind wir natürlich gerne bereit, diese im Amtsblatt zu veröffentlichen. Die Redaktion des Amtsblattes konnte sich bei ihrer Arbeit an der Sondernummer aber nur auf dokumentierte Ereignisse stützen. Zu den Schicksalen des Sparkassendirektors Markschläger, der Pfadfindergruppe Steyr 2 und des Angestellten der Löwenapotheke sind keine Dokumente bekannt. Über das Leben des Pfarrers Dr. Johann Steinbock hat die Redaktion des Amtsblattes schon ausführlich in der Nummer 6/2004 auf Seite 13 berichtet.

Faktum ist auch, dass sehr viele Steyrer in KZs oder Nazi-Kerkern gelitten haben. Aus Platz- und Zeitmangel konnten in der Sondernummer des Amtsblattes nicht alle erwähnt werden. Da die Geschichte des Franz Draber, der vor der Hinrichtung aus Stadelheim geflohen ist, am besten dokumentiert ist, wurde sie exemplarisch für alle Widerstands-Aktivitäten redaktionell aufbereitet. Ergänzt wurde das Kapitel Widerstand mit den Widerstandskämpferinnen und -kämpfern, nach denen speziell im Stadtteil Münichholz Straßen benannt worden sind. Darunter befindet sich auch der Pfarrer Paulus Wörndl, der einer österreichisch-norwegischen Widerstandsgruppe angehörte und in Berlin hingerichtet wurde. Im Vorwort bezieht sich der Bürgermeister, also ich, auch auf den katholischen

Widerstand mit der Formulierung „.....Seelsorger, die ihre Kirchen für die Verfolgten des NS-Regimes zur Verfügung stellten“. Der Inhalt der Amtsblatt-Sondernummer ist am 17. Februar 2005 mit den Fraktionsvorsitzenden besprochen worden, die Anwesenden haben ein schriftliches Konzept bekommen.

Der Steyrer Autor Erich Hackl hat übrigens die Sondernummer des Amtsblattes sehr positiv beurteilt. Er bezeichnet die Ausgabe als „vorbildliche Nummer aus Anlass des Gedenkjahres“

Gibt es eine Wortmeldung der Grünen? Herr Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Es hätte mich ja gewundert, wenn in dieser heiklen Causa, wenn da nicht die eine oder andere Wortmeldung dazugekommen wäre. Dem hätte man ja ohne weiteres entgegentreten können, indem dass man meinem Vorschlag nachgegangen wäre, wo die einzelnen Fraktionen die Möglichkeit gehabt hätten, in diesem Blatt zumindest einen Vierzeiler, oder so, als Stellungnahme zu diesem Gedenkjahr abgeben zu dürfen. Wenn man das jetzt mit einer Platzfrage kolportiert, dann ist das schon bitter, dass man das Leid der Menschen, die damals unter diesem Regime gelitten haben, damit abtut, nicht abtut aber zumindest verschweigt, indem dass man sagt man hat nicht genug Platz in einer Zeitung dafür. Also, da müssen wir schon sehr, sehr aufpassen meine Damen und Herren, dass wir da nicht entgleisen. Wenn der Herr Hackl sagt, diese Nummer war gut, dann ist das nett von ihm, sagt aber im Grunde genommen nicht alles über die Qualität dieses Blattes aus.
Also, wenn man im Vorfeld das zugelassen hätte, da warst ja glaube ich du dagegen Herr Bürgermeister, leider, und die FPÖ auch ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Da waren mehr dagegen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
... ich glaube, dass da auf keinen Fall irgendwelche Ängste hätten aufkommen können. Der Hinweis dazu, dass es mit den Fraktionen abgesprochen wurde, was dann drinnen steht, da kann ich mich ehrlich gesagt nicht erinnern, dass ich mich mit irgendwem darüber unterhalten hätte können über den Inhalt. Es ist so ungefähr über die Linie gesprochen worden, aber über den Inhalt haben wir nicht diskutiert.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
GR Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, seitens unserer Fraktion hätten wir uns natürlich auch gewünscht, dass eine objektive Berichterstattung anlässlich „60 Jahre Kriegsende“ im Amtsblatt stattgefunden hätte. Mit Ausnahme der ausführlichen Berichterstattung des Herrn Dr. Rauscher über den Bombenkrieg in Steyr war alles andere eine sehr parteipolitisch einseitige Angelegenheit. Ich bin zum Unterschied vom Fraktionsobmann Apfelthaler nicht der Meinung, dass wir jetzt von politischen Parteien Stellungnahmen abdrucken hätten sollen. Es hätte aber schon die Möglichkeit geboten werden sollen eine neutrale, objektive Berichterstattung anlässlich dieses Gedenktages im Amtblatt niederzudrucken. Z. B. hätte man auch auf den Umstand hinweisen können, dass sehr wohl hunderte Menschen jahrelang in Kriegsgefangenschaft noch ausharren mussten, entgegen der Genfer Konvention, das ist z. B. überhaupt nicht abgehandelt worden. Die letzten Österreicher und die letzten Steyrer sind auch 1954/1955, länger als der Krieg gedauert hat, z. B. aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrt. Das ist z. B. in überhaupt keiner Weise dargestellt worden. Von objektiv ist aus unserer Sicht nicht die Rede.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, ich kann mich eigentlich nur meinen Vorrednern anschließen. Woher der Herr Bürgermeister das nimmt, dass der Inhalt mit den Fraktionen besprochen wäre, weiß ich nicht, dann war das in irgendeiner Sitzung, jedenfalls die Fraktionen, die auch jetzt schon heraußen gesprochen haben, nicht anwesend waren, weil es hat nur geheißen, es wird eine Gedenknummer geben anlässlich eben des heurigen

Jahres. Aber was konkret der Inhalt sein wird, wurde nicht besprochen. Aber diese Thematik jetzt wirft, denke ich mir, generell diese eine Frage auf, und da wäre wiederum einmal die Forderung im Raum, auch an den Herrn Bürgermeister der ja zuständig ist für das Amtsblatt, diese einseitige Berichterstattung die es im Amtsblatt de facto gibt, und die anlässlich dieser Sondernummer auch auftaucht, ist einfach die, dass es in diesem Gemeinderat fünf Fraktionen gibt, von diesen fünf Fraktionen aber nur Vertreter von zwei Fraktionen auch tatsächlich in diesem Amtsblatt Stellungnahmen abgeben können bzw. was schreiben dürfen. Bezahlen aber müssen das Steyrer Amtsblatt alle Bürger. So gesehen wäre es eigentlich nur recht und billig, dass Vertreter aller Fraktionen in diesem Gemeinderat die Möglichkeit haben, im Amtsblatt ihre Argumente beispielsweise darzulegen, wenn es um GR-Beschlüsse geht. Weil es kann nicht sein, dass auf der einen Seite die zwei Fraktionen, die schreiben dürfen, in erster Linie ist es die Mehrheitsfraktion, schreibt, die Grünen oder das Bürgerforum war dagegen, aber man nicht einmal die Möglichkeit hat warum, oder manche Dinge einfach wirklich oft sehr einseitig dargestellt werden. Da geht es nicht um Parteipolitik, sondern da geht es einfach darum, dass es selbstverständlich sein müsste, dass jede Fraktion die Möglichkeit hat ihre Argumente darzulegen und auch die Bürger zu informieren. Nicht um Parteipolitik, um die geht es nicht.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau Dr. Braunsberger.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, es ist schlichtweg falsch. Es wurde wirklich in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz lediglich beschlossen, dass ein Sonderamtsblatt herausgegeben wird, aber über den Inhalt, außer dass es um die 50- und 60-Jahresfeier geht, wurde nicht diskutiert und gesprochen. Wir sind wieder einmal nicht eingebunden worden. Und bezüglich der nicht zumutbaren Recherchen muss ich auch sagen, dass zum einen ein Buch über den Pfarrer Steinbock vorhanden ist, das man nur aufblättern muss und ansehen und das Interessante ist, es wurde auch vom Magistrat der Stadt Steyr gefördert und er ist nicht erwähnt worden.
Zum anderen möchte ich auch darauf hinweisen, dass ich mir die Mühe gemacht habe, dass ich unmittelbar nach der Fraktionsvorsitzendenkonferenz zum Herrn Chvatal gegangen bin und diesem gewisse Namen genannt habe und gesagt habe, bitte schauen sie doch und recherchieren sie auch in die Richtung des individuellen Widerstandes. Aber diese sind nicht aufgenommen worden.

Warum ich überhaupt die „Aktuelle Stunde“ eingeleitet habe ist deswegen, weil mich laufend Steyrer Bürger ansprechen und ihren Unmut wegen der einseitigen Berichterstattung der Sonderausgabe äußern. Heute hat mich Herr Heuberger angerufen, dessen Bruder Alfred Heuberger, geboren 1925, im 45iger Jahr wegen Wehrkraftzersetzung, so heißt das, in Wien zum Tode verurteilt worden ist. Er hat mir gesagt, dass er keiner Partei angehört hat, er hat es einfach aus persönlicher Überzeugung gemacht. Der Herr Ferdinand Knabl hat mich vorgestern angesprochen und hat gesagt: „Wissen sie, dass mein Onkel eigentlich der erste „schwarze“ Vizebürgermeister nach dem zweiten Weltkrieg gewesen ist und dass der ein Jahr zuvor, im 44iger Jahr von der Gestapo inhaftiert wurde, dass sein Betrieb zugesperrt wurde, dass er fast um die Existenz gekämpft hat, weil er seinen Unmut bezüglich dem Regime geäußert hat?“ Und solche Sachen können recherchiert werden, wenn die Leute mich anrufen, wenn sie uns miteinbinden. Mehrere Augen sehen mehr, mehrere Ohren hören mehr. Es wäre möglich gewesen, auch in diese Richtung einmal vorzustoßen. Ich muss schon sagen, und da gebe ich meinen Vorrednern völlig Recht, das Amtsblatt sollte doch unser gemeinsames Sprachrohr sein. In der Praxis gibt es eigentlich lediglich die Meinung der SPÖ großteils weiter. Eines könnte ich schon sagen, wenn man einen Funken von Anstand hätte, wäre eigentlich eine Sonderausgabe, die auch in diese Richtung informiert und eigentlich das Gedenken an die Widerstandskämpfer die nicht der kommunistischen Partei angehört haben, glaube ich gerechtfertigt.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geschätzten Gemeinderätinnen und –räte. Frau Braunsberger, wenn sie den Eindruck haben, dass das eine einseitige und parteipolitisch ausgerichtete Sache war, dann tut mir das Leid, wenn sie das so empfinden. Wir haben in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz ja beschlossen wo wir gesagt haben, es kann jeder Beiträge bringen, es hat jeder die Möglichkeit ...

Zwischenrufe: Nein!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Es hat jeder gewusst, dass dieses Amtsblatt entsteht und es hat jeder gewusst, dass das geschrieben wird und es hat auch jeder gewusst, dass er auch seinen Beitrag bringen kann. Ich habe selbstverständlich der Redaktion des Amtsblattes total freie Hand gegeben, wie die Gestaltung aussieht. Und ich habe in keiner Weise, und auch unsere Partei hat in keiner Weise irgendwie Einfluss genommen auf Veränderungen oder Änderungen die wir irgendwo eingeleitet haben sollten. Das ist eine Unterstellung, das ist tatsächlich nicht passiert.

Wir kommen zu Punkt 7), Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates. Es sind keine vorhanden.

Ich komme gleich zum Dringlichkeitsantrag.

Die FP-Fraktion hat einen Dringlichkeitsantrag betreffend die Nutzung des Reithoffer-Geländes eingebracht. Ich kann daher zum ggst. Dringlichkeitsantrag wie folgt Stellung nehmen.

Einleitend muss ich darauf hinweisen, dass durch die Novelle des Statuts für die Stadt Steyr mit Wirkung vom 1. März 2005 die Behandlung von Dringlichkeitsanträgen eine Neuerung erfahren hat.

Mit Inkrafttreten des ggst. Landesgesetzes hat der Gemeinderat der Stadt Steyr Dringlichkeitsanträge im Sinne des § 18 Abs. 5 auf ihre Zulässigkeit hin zu überprüfen. Die Geschäftsordnung des Gemeinderates vom 3. Juli 1992 idF vom 16. Mai 1992 ist daher zumindest im zeitlichen und sachlichen Geltungsbereich unanwendbar.

Der ggst. Antrag wurde zeitgerecht beim Bürgermeister der Stadt Steyr eingebracht. Entsprechend den zwingenden Bestimmungen des § 18 Abs. ist eine Dringlichkeit nur dann gegeben, wenn eine spätere Befassung des Gemeinderates ohne Nachteil für die Sache nicht abgewartet werden kann oder die Angelegenheit einer sofortigen Erledigung bedarf.

Der dem Gemeinderat zur Beschlussfassung zugrunde liegende Antrag lässt in keinster Weise erkennen, dass eine spätere Befassung durch den Gemeinderat einen Nachteil nach sich ziehen würde, noch dass die Angelegenheit einer sofortigen Erledigung bedarf.

Im Übrigen erfordert ein rechtskonformer Dringlichkeitsantrag eine nähere Begründung der Dringlichkeit, die in concreto auch nicht ansatzweise im Antrag zu erblicken ist.

Es wird somit aufgrund der vorstehenden Ausführungen vorgeschlagen, den ggst. Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion vom 1. Juli 2005, eingelangt am 5. Juli 2005, 11.05 Uhr, dem Gemeinderat am Beginn der Sitzung am 7. Juli 2005 zur Entscheidung vorzulegen und entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen des Steyrer Stadtstatuts durch Zurückweisung zu erledigen.

In der Sache selbst ist anzumerken, dass von der Fachabteilung für Hochbauangelegenheiten im Hause ein Nutzungskonzept für das Reithoffer-Gebäude erstellt wurde, das am 10. 2. 2005 im Bauausschuss und am 14. 2. 2005 im Ausschuss für Schule und Sport präsentiert und erläutert worden ist.

Die freiheitlichen Vertreter, Herr GR Payrleithner bzw. Herr GR Mag. Zöttl, waren in diesen Sitzungen anwesend.

Im Übrigen möchte ich die Kollegen der FP-Fraktion darauf hinweisen, dass der Bebauungsplan für das Reithoffergebäude - also die Vorschriften wie dort gebaut werden kann - in der Sitzung des Ausschusses für Bauangelegenheiten am 24. 6. 1999 behandelt worden ist und in der Sitzung des Gemeinderates am 10. 3. 2005 beschlossen wurde.

Bei dieser Gemeinderatssitzung waren alle FP-Gemeinderäte anwesend und haben diesem Bebauungsplan zugestimmt.
Es gibt jetzt die Gelegenheit für Wortmeldungen zu diesem Dringlichkeitsantrag.
Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Geschätzte Kolleginnen, geschätzte Kollegen, wenn man etwas nicht will, gibt es immer wieder

Gründe um etwas abzulehnen. Offensichtlich macht die Mehrheitsfraktion davon reichlich Gebrauch. Tatsache ist, dass selbstverständlich die Dringlichkeit gegeben ist. Es müssen alleine schon aus budgetären Planungsgründen für das nächste Jahr jetzt Entscheidungen getroffen werden wie es da draußen weiter geht. Es wird uns immer nur über die Medien mitgeteilt, welche Abteilung vielleicht dort hinauskommen könnte usw. Diese Angelegenheiten werden im Detail in keinem Ausschuss besprochen, abgehandelt und debattiert. Wir haben ja diese Diskussion schon seit Jahren, dass wichtige Liegenschaftsangelegenheiten außerhalb des Einflusses der gewählten Mandatare stattfinden soll, aus welchen Gründen auch immer, und es keinen Ausschuss gibt, wo man darüber diskutieren kann. Daher haben wir heute per Dinglichkeit diesen Antrag gestellt, weil ja in absehbarer Zeit Entscheidungen getroffen werden müssen. Das kannst auch du, Herr Bürgermeister, nicht abstreiten, dass sich da draußen etwas tun soll. Daher ist auch diese Dringlichkeit, unserer Meinung nach, zuzugestehen. Es sind auch andere Dinge, die immer wieder im Liegenschaftsbereich behandelt werden sollten, wie z. B. die diversen Verkäufe die sich immer wieder in die Länge ziehen. Ich möchte jetzt nicht wieder über den Wirtschaftshof debattieren. Das wäre aber auch für die Mandatare interessant, warum dort nichts weiter geht. Diese Liste, diese Beispiele könnte man jetzt fortsetzen. Daher glauben wir, dass es wichtig ist, dass diese Dinge in einem Ausschuss behandelt werden. Die Möglichkeit besteht im Bauausschuss oder in einem anderen Ausschuss, das haben wir offen gelassen, um hier einen Handlungsspielraum zu haben. Es könnte ja vonseiten der Stadtsenatsmitglieder hier Vorschläge kommen, wo wir über diese Dinge diskutieren sollten. Aber wir würden schon appellieren, dass man das jetzt hier nicht abwürgt und auch damit die Diskussion und die Entscheidungsprozesse wieder auf irgendwelche Dienstdiskussionen reduziert. Das ist nicht sehr basisdemokratisch.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Frau GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich frage mich wirklich schön langsam da herinnen, wovor man sich so fürchtet. Jetzt hat man ohnedies das Instrument des Dringlichkeitsantrages sehr stark eingeschränkt, dringlich kann er gar nicht mehr sein, er muss schon 24 Stunden vorher eingebracht werden. Dann wird da herinnen ein Dringlichkeitsantrag gestellt, den man nicht abwürgen kann, nicht zurückweisen kann, weil er rechtzeitig eingetroffen ist, dann findet man andere Gründe, dass er nicht einmal behandelt wird. Worum geht es eigentlich? Es geht um nichts anderes als um konstruktive, sachpolitische Entscheidungen zu treffen. Ich würde selbstverständlich den Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion unterstützen, nachdem gerade der Bereich Reithoffer etwas ist, was sich seit glaube ich mehr als einem Jahrzehnt schon jetzt zieht, sogar länger, aber seit ich im Gemeinderat bin, haben wir immer wieder das Thema auf der Tagesordnung letztlich, aber das Gesamtkonzept wird uns nie wirklich vorgelegt.
Herr Bürgermeister, eines muss ich schon sagen, und es ist einfach eine Berichtigung dessen, und es ist mir wichtig das zu sagen, damit es auch im Protokoll steht, es ist ja schön, wenn man eine Meinung hat und die soll man auch vertreten, aber dass man bewusst Tatsachen verdreht, halte ich schon für sehr bedenklich. Zu behaupten, Herr Bürgermeister, dass in dieser Fraktionsvorsitzendenkonferenz, da bin ich beim letzten Tagesordnungspunkt, das muss ich los werden ...

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Wir sind bei der Dringlichkeit!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Zur Berichtigung. Berichtigen darf ich das.

Zwischenrufe: Nein!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Okay, man darf nicht einmal mehr berichtigen. Halten wir fest, man darf in diesem Gemeinderat nicht einmal mehr berichtigen, wenn der Vorredner ganz eindeutig etwas Falsches gesagt hat, wo herinnen mindestens drei Zeugen sitzen von drei verschiedenen Fraktionen, die bestätigen können, dass das nicht der Fall war, dass wir aufgefordert wurden Beiträge zu bringen, sondern im Gegenteil gesagt wurde, keine politische Fraktion darf einen Beitrag bringen. Das ist schon sehr bedenklich.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist unerhört.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Aber zurück zu diesem Dringlichkeitsantrag. Ich finde es sehr schade Herr Bürgermeister, wenn man das jetzt nicht einmal zur Abstimmung bringt, weil sie können ja gerne dagegen stimmen. Aber abstimmen bitte wird man ja darüber noch dürfen und da muss man sich halt deklarieren. Aber vielleicht will man sich nicht deklarieren. Das kann ja eine andere Sache sein. Dass es darüber einen Beschluss gibt, dass ja alles schon behandelt worden ist, kann glaube ich der Kollege Mayrhofer bestätigen, dass das nicht so ist. Ich nehme an, er wird sich dazu eh noch zu Wort melden.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Dass das schon eine Uraltforderung ist, dass wir endlich einmal über die Liegenschaften ein bisschen reden, nicht ein bisschen sondern eigentlich genauer und inhaltlich ausführlicher, das wissen wir eigentlich eh schon. Also, wenn man sich den Inhalt dieses Antrages genauer anschaut, ist ja die Musikschule eh nur exemplarisch drinnen und es geht primär darum, dass wir in einem Ausschuss über einen Geschäftsbereich reden, der von seinem Volumen und von seinem Geld enorm groß ist. Und darüber nicht demokratisch oder in einem Ausschuss sprechen zu können, sondern nur zizerlweise irgendwo einmal in einem Bauausschuss, das ist sicherlich zu wenig und das haben wir schon vor Jahren gefordert, dass wir über das reden. Also, aus dem Grunde denke ich mir ist ja die Dringlichkeit schon gegeben, dass wir dem nachgeben.

Was jetzt die Musikschule anbelangt und deine Wortmeldung, Herr Bürgermeister, dass wir eh schon ein Nutzungskonzept über das haben. Ja, wir haben es schon, aber nur über die Musikschule selbst und da nur bruchstückhaft, weil wir über das halbe Erdgeschoss auch noch nicht Bescheid wissen, wie wir weiter tun. Also, ich denke mir, dort ist unbedingt Handlungsbedarf, dort denke ich mir ist es wichtig, dass die einzelnen Fraktionen ihre Beiträge liefern und ich sehe ehrlich gesagt nicht ein, dass die Dringlichkeit jetzt abgeschmettert wird, dass man sagt, na ja, das ist eigentlich eh nicht so notwendig. Ich denke mir, der Antrag ist im Inhalt schon richtig und ich appelliere erstens daran ihn nicht wegen Nichtdringlichkeit abzusetzen und zweitens appelliere ich noch einmal und zum xten Male und zum tausendsten Male, dass wir über einen Bereich, der millionenschwer ist, auch demokratisch miteinander verhandeln und reden können.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Als ich 1998 begonnen habe, war ich eigentlich überrascht, wie demokratisch es hier in diesem Raum abläuft. Das war wahrscheinlich auch sehr stark von der Person Hermann Leithenmayr getragen. Aber er hat gewisse Prinzipien gehabt, die er hier auch durchgesetzt hat. Eines davon war, dass ihm auch eine Kleinstpartei genau so viel wert ist wie eine große Partei und man nicht einfach mit einer Mehrheit drüberfährt, bevor man nämlich nicht darüber diskutiert hat. Das 2. war, dass es Usus in diesem Raum gewesen ist, bis jetzt ganz offensichtlich, dass man einem Antrag die Dringlichkeit gibt, wenn es auch nur halbwegs plausibel formuliert ist. Ich glaube, das ist in dem Fall, und meine Vorredner haben das ja sehr eindeutig schon festgelegt, mehr als ausreichend dokumentiert. Warum hat man solche Angst davor, auch nur eine Diskussion zuzulassen, oder eine Abstimmung zuzulassen? Was steckt denn da jetzt wirklich dahinter? Man zieht sich immer mehr zurück auf den Stand, was ist jetzt genau in den Statuten, kann ich das jetzt so auslegen oder so, wie kann ich verhindern, dass sich gewählte Vertreter des Gemeinderates artikulieren und Rechte für die Bürger einfordern. Mir fehlt wirklich jegliches Verständnis dafür, dass man jetzt einfach mit Mehrheiten drüberfahren will und im stillen Kämmerlein vielleicht Entscheidungen oder in einer großen Fraktion oder irgendwo Entscheidungen herbeiführt. Ich finde es schade, wenn wir diesen Weg gehen und es tut mir Leid, wirklich, weil das war bisher nicht unsere Gangart.
Das 3. bitte, es ist falsch, es ist bis zum heutigen Tag kein Beschluss gefasst worden bezüglich

Musikschule. Nirgends. Ich habe es ja nachgefragt bei dem zuständigen Beamten. Ich habe dich persönlich im Ausschuss gefragt Herr Bürgermeister. Hast du entschieden, dass das gemacht wird? Da hast du mir gesagt, nein, ich nicht, weil ich dich gefragt habe ob du eine Bürgermeisterverfügung gemacht hast. Dann habe ich gefragt: „Hat der Referent der Liegenschaft das entschieden?“ Da hat mir dann der Beamte gesagt, nein, das möchte ich so nicht sagen. Dann habe ich gesagt, na, dann hat es also keiner beschlossen, weil ich kann mich nicht erinnern, dass es in irgendeinem Ausschuss, und darüber gibt es doch Protokolle, beschlossen wurde. Es ist nirgends beschlossen worden. Ganz offensichtlich hat ein verantwortlicher Beamter es entschieden. Aber von einem politischen Gremium ist es nicht entschieden worden. Jetzt zu sagen, oder auch nur anzudenken, dass, meine Herrschaften nicht einsagen, wir werden es eh korrigieren Herr Magistratsdirektor. Soviel wird der Herr Bürgermeister schon noch sein, dass er selber auch noch antworten kann. Wir haben übrigens nur beschlossen, Herr Magistratsdirektor, eine Planung in Auftrag zu geben. Wir haben beschlossen, diese Planung dem Herrn Falkner zu übertragen.

MAGISTRATSDIREKTOR OSR DR. KURT SCHMIDL:
Was soll er denn beplanen?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Meine Herrschaften, bei einer Planung kann ich mir genauso auch anschließend einen zweiten oder dritten Planer nehmen, wenn ich mit seiner Planung nicht einverstanden bin. Aber dann muss ich sehr wohl einen Beschluss herbeiführen. Ein besseres Zeichen dafür, dass es notwendig ist hierfür das in einem Ausschuss zu besprechen als wie das jetzt, glaube ich gibt es überhaupt nicht. Wir wissen ja bis zum heutigen Tag nicht, was wirklich mit dem Rest passieren soll. Man trifft ja Entscheidungen und sagt, man geht halb herunter in das Erdgeschoss, auch auf insistierende Fragen, ja und was geschieht dann mit dem Rest, weil immerhin hat eine Etage 1.800 m², heißt es, na ja, das wird dann ein großes Foyer oder da können wir vielleicht irgendetwas anderes machen. D. h., so kann es ja wirklich nicht gehen. Und „Innerer Dienst“ bitte, bei einer Landesmusikschule, also da hört es sich aber wirklich auf.

Herr Bürgermeister, ich ersuche dringendst diesen dringlichen Antrag zuzulassen. Lassen wir darüber abstimmen und diskutieren wir bitte, was mit dem Geld der Steyrer Bürger passiert.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Es ist schon eine Gaudi, muss ich ehrlich sagen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Also, wir empfinden das nicht als Gaudi.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Na schon, du weißt ja noch gar nicht, was ich sagen will. Sei nicht so ungeduldig.
Zu dem einen überhaupt, es ist ja beachtlich, wenn du dich herstellst und sagst was vor einigen Jahren für eine demokratische Vorgangsweise in dem Gemeinderat da abgehalten wurde und du warst so begeistert davon. Also ich möchte nur, vielleicht haben wir einmal irgendwem der sich mit Protokollen beschäftigt, Herr Magistratsdirektor, der soll einmal alle Protokoll heraussuchen, wenn ich mich so an die Debatten erinnere, die was so stattgefunden haben, oder unserem Ehrenbürger, Exbürgermeister, was ihm da alles vorgeworfen wurde, was er für ein Diktator ist und wie er alle Entscheidungen selbst trifft und, und, und. Das ist so nach dem Motto „Ein toter Indianer ist ein guter Indianer“. So kann man das hier darstellen, weil ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Lass die Protokolle heraussuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine Güte, da hätten wir eine abendfüllende Unterhaltung, wenn man sich das anhört, was alles von vielen Fraktionen kritisiert worden ist und wie der Leithenmayr angegriffen worden ist, weil er undemokratisch ist. Also, ich sitze schon lange da herinnen und habe das über die ganzen Jahre miterlebt.

Also, es ist schon unwahrscheinlich, es ist legitim, dass man einen Dringlichkeitsantrag stellt, und dass man eine Bühne sucht, weil man sonst nichts hat, jetzt sucht man halt eine Bühne etwas zu diskutieren. Was punkto Reithofferareal und Reithofferhaus anbelangt, meine sehr geehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, dann ist das ein Bereich über den wir jetzt weit über die Amtszeit des Bürgermeisters Forstenlechner hinaus diskutieren. Weit über diese Amtszeit. 1994 ist dieses Haus gekauft worden. Ich glaube, dass ich dieses Datum richtig im Kopf habe. 1994 oder 1995 ist es gekauft worden. Das ist jetzt 10, 11 Jahre aus. Nicht lange darauf ist die Idee geboren worden, dass die Musikschule in das Reithofferhaus gebracht werden könnte. Dazu hat es viel Diskussionen gegeben und es hat dann Gespräche und Verhandlungen mit dem Land OÖ gegeben. Lange bevor du in den Gemeinderat gekommen bist, Kollege Mayrhofer, hat es Gespräche und Abstimmung, weil man ja auch die Zustimmung des Landes OÖ benötigt, weil ein Großteil dieser Investition ja vom Land gefördert wird oder zumindest 50 %, 60 % gefördert werden müssen, damit es überhaupt zu errichten ist. Das ist mit dem Land OÖ abgestimmt worden, dass in diesem Areal die Musikschule integriert wird und dorthin verlagert und errichtet wird. Dann ist der Proberaum, der da draußen errichtet worden ist, ist auch mit den Stimmen des Gemeinderates der Stadt Steyr, weil da hat es ja eine Finanzierung dazu gegeben, beschlossen worden.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
In Planung gegeben worden!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, der ist beschlossen worden.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Nicht mit der Absicht, dass man im Reithofferhaus einen Proberaum errichtet, dass wir die Musikschule dann irgendwo in einem anderen Gebäude machen. Weil nämlich speziell für das Reithofferhaus war, dass es ein denkmalgeschütztes Gebäude ist und da kann man bei den Fenstern udgl. nicht herumtun wie man will, sondern da muss sehr vorsichtig vorgegangen werden. Zu dem hat es den Proberaum gegeben um zu sehen, ob es überhaupt möglich ist in diesem Haus die Musikschule zu etablieren. Das ist nicht irgendwo im stillen Kämmerlein gewesen, im Bürgermeisterbüro oder im Referentenbüro, sondern der Gemeinderat der Stadt Steyr hat für diesen Proberaum auch die finanziellen Mittel dazu beschlossen. Das ein bisschen zum Ursprung. Über die ganzen Jahre gibt es jetzt die Debatte, über die Weiterführung, Herr Kollege Lengauer, sie wissen das ja, gerade als Kulturschaffender wissen sie das ganz genau, und da ist nichts hinten im stillen Kämmerlein passiert, sondern warum die Musikschule heute noch nicht errichtet ist, ein wesentlicher Umstand ist, weil wir bis heute noch keine Förderungszusagen bekommen haben. Bis heute haben wir noch keine Förderungszusagen für die Musikschule.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Geh'!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Nicht geh'! Schau dir das an. Bitte, dann leg den Zettel heraus wo drinnen steht, ab wann wir wirklich Geld für die Musikschule bekommen. Leg es bitte her.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ich war gestern mit dem Herrn Landeshauptmann beim Schulfest und ich habe gefragt, ob denn das stimmt was der Herr Mag. Zineder mir gesagt hat, dass es keine definitive Zusage gibt für die Gelder, weil er hat gesagt, er hat da zwei, drei Schreiben geschickt und noch keine Antwort bekommen. Ich will jetzt nicht den Herrn Landeshauptmann zitieren, aber die Antwort war, ich weiß nicht was sie haben, die Steyrer, aber es ist alles auf Schienen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ja, das wissen wir eh als Steyrer. Auf der Schiene, wo kaum ein Zug fährt. Das wissen wir eh schon alles, dass wir da zum Teil immer auf dem Nebengleis stehen. Also, auf das lege ich hier im Gemeinderat schon wert, dass man auch ernst ist. Bis zum heutigen Tage haben wir offiziell, seitens des Landes OÖ, noch keine konkrete Zusage, wie viel Geld und zu welchem Zeitpunkt wir eines bekommen. Wir haben eine grundsätzliche Übereinstimmung, dass es gefördert wird und dass es da draußen im Reithoffergebäude sein soll und dass viele Details auf Beamtenebene in den letzten Monaten abgestimmt worden sind, aber die offizielle Mitteilung über die Förderung und welche Höhe ist bis heute noch nicht da. Darum haben wir sie auch noch nicht errichtet. Was die weitere

Vorgangsweise im Reithofferhaus anbelangt, meine sehr geehrten Damen und Herren, da lege ich schon auch einen gesteigerten Wert darauf, dass man sich an die Sitzungen, die stattgefunden haben, daran erinnert. Es gibt einen Bauausschuss. Der Bauausschuss hat erst vor wenigen Wochen eine Begehung im Reithofferwerk draußen gemacht.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Nein! Wir haben uns über die Landesmusikschule informieren lassen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Es war auf der Tagesordnung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Der Mag. Zineder hat berichtet.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ich bin ja nicht im Bauausschuss, ich habe es mir ja nur sagen lassen, aber ich kann es von Schule und Sport behaupten, da waren der Mag. Zineder und der Arch. Redtenbacher im Ausschuss für Schule und Sport und haben über das Gebäude informiert, über den Fortschritt der Musikschule. Es ist dort die konkrete Frage gestellt worden, was ist mit dem übrigen Teil. Der Arch. Redtenbacher hat darüber berichtet, dass die restlichen Flächen, die noch zur Verfügung sind, dass die für Magistratszwecke genutzt werden sollen. Also, dass das übrige Gebäude für Magistratsabteilungen in Zukunft, für Büros, genützt werden soll. Das ist dort berichtet worden.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Ich kann mich nicht erinnern, dass berichtet worden ist. Dass das eine Idee ist.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Es ist nicht berichtet worden und es ist auch nicht ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Das ist das erste Mal, dass wir das fix wissen. Jetzt wissen wir es.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Gar nicht. Es ist informiert worden darüber. Da können sie ins Protokoll schauen. Es ist berichtet worden, dass Redtenbacher dabei ist mit seiner Fachabteilung die restlichen Flächen da auch so darzustellen, dass das für Büroräumlichkeiten genutzt werden kann, was ja bei dem Gebäude nicht ganz einfach ist, weil es ja äußerst kompliziert ist, vom Lichteinfall her, und weil es in der Breite relativ groß ist und der Mittelbereich schwer nutzbar ist. Das hat der Arch. Redtenbacher alles berichtet in dieser Ausschusssitzung. Also, da lege ich schon einen gesteigerten Wert darauf. Es ist nicht berichtet worden, und es kann darüber nicht berichtet werden, wer dort hinein kommt, weil es da noch keine Festlegungen gibt. Es ist nirgends festgelegt und sie werden auch nirgends gehört haben, wer dort hinein kommt. Diese Entscheidung wird noch in den zuständigen Gremien zu treffen sein. Wenn das einmal so weit ist, dass wir sagen, dort wird das gemacht, dort werden Büroräumlichkeiten errichtet, dann wird das noch festzulegen sein. Soweit ist es aber noch nicht. Bezüglich Geld, weil da viel Geld investiert wird, wir haben ja heute nicht die Budgetdebatte. Die kommt erst. Die Budgetvorbereitungen werden erst im Herbst laufen und dann wird man sehen, ob es überhaupt möglich ist, dass wir für das kommende Jahr budgetäre Mittel für die Erneuerung, für die Sanierung des Reithofferhauses zur Verfügung haben und dass es möglich ist, dort überhaupt zu investieren. Die Debatte werden wir sicherlich noch zu führen haben.

Was da auch gesagt worden ist, die Musikschule im Obergeschoss, das ist ja alles diskutiert worden. In diversen Gesprächen ist das alles diskutiert worden, weil sonst würdest du ja nicht wissen, dass sie jetzt im 1. Obergeschoss ist und nicht wie ursprünglich geplant im 2. Obergeschoss. Da hat es ja auch Umplanungen und Beschlüsse dazu gegeben.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Welche Beschlüsse?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich muss da wirklich sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, du hast letztes Mal auch schon was behauptet, lies zuerst einmal die Protokolle nach und dann kannst du was behaupten, lieber Kollege Mayrhofer. Das letzte Mal hast du dich hier hergestellt und hast einfach was behauptet, was überhaupt nicht den Tatsachen entsprochen hat. Lies die Protokolle und dann kannst du was sagen. Wenn du jedes Mal unterstellst, dass da nur irgendwelche Behauptungen getroffen werden, das ist eine Vorgangsweise, die da herinnen nicht unbedingt Platz greifen sollte. Das muss ich schon in aller Deutlichkeit sagen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Aber hören tust du schon richtig? Ich habe gefragt: „Welche Beschlüsse?“

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Aus diesem Grund, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist überhaupt nichts vertan, da gibt es überhaupt keine Dringlichkeit und darum werden wir auch dieser Dringlichkeit ihre Zustimmung nicht geben. Ich danke vielmals.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Jetzt hast du 10 Minuten geredet und dann sagst du, es bedarf keiner Diskussion.

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich muss sagen, ich bin richtig froh, dass es einige oder viele Gemeinderäte und –rätinnen da herinnen gibt, die länger da sind als ich, weil ich habe schon, wie der StR Mayrhofer sein Statement abgegeben hat, Probleme gehabt, ob ich vielleicht Informationen total verschlafen habe oder ob ich falsch gewickelt bin oder sonst irgendetwas. Das ist für mich ganz klar gewesen, wie der Beschluss gefasst worden ist, dass ein Proberaum für die Musikschule gemacht wird, dass wir den nicht für irgendeinen anderen Zweck hinmachen, sondern das war, seit dem Zeitraum wo ich in diesem Gemeinderat sitze, für mich eigentlich klar, dass dieses Gebäude unter anderem für eine Musikschule verwendet wird. Ob da vorher ein Beschluss gefasst worden ist oder nicht das war mir an und für sich unbekannt. Der Beschluss, dass der Proberaum gemacht wird, der ist mit der Zustimmung wahrscheinlich sogar auch von der ÖVP, gefasst worden. Das habt ihr unter Umständen alle miteinander vergessen.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Aber wenn ich mir ein Haus kaufe, möchte ich mir auch den Plan einmal anschauen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Den Plan für die Musikschule gibt es. Ich bin voriges Jahr mit dem LH Pühringer nach Bethlehem geflogen und da war einer meiner Wünsche, wo ich an den Herrn Landeshauptmann herangetreten bin, dass er mir endlich sagen soll, wann wir mit diesem Bau beginnen können und wann endlich das Geld für diesen Bau der Stadt Steyr zugesichert wird. Er hat mir damals versprochen, dass 2005 das nicht mehr möglich ist, sondern erst 2006 dieses Geld fließen wird. Am 21. Juli, also jetzt in 14 Tagen, bin ich wieder beim Herrn Landeshauptmann zu diesem Thema, wo wir das genau festnageln wollen, wann konkret diese Gelder nach Steyr fließen, wann wir dann endlich mit der Planung, mit der konkreten Planung beginnen können. Da wird es dann auch mit Sicherheit einen Beschluss in einem Gremium geben wo wir sagen, das kommt hinein und das kommt hinein. Bitte gar schön, habt noch ein bisschen Geduld, es brauchen auch unsere Beamten Zeit dazu, dass man ganz genau noch einmal untersucht was sinnvoll und gescheit ist und was für die Entwicklung unserer Stadt sinnvoll ist, damit wir die Gelder, die wir zur Verfügung haben, auch sinnvoll und pfleglich verwenden.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Aber wir sind informiert worden, dass das Ganze schon steht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wer sagt denn das? Ihr verlasst euch offensichtlich auf irgendwelche Gerüchte. Offensichtlich gibt es Gerüchte, die im Raum herumschwirren und die aber noch nicht bestätigt sind, und jetzt wollt ihr es vielleicht über die Debatte im Gemeinderat, dass man diese Gerüchte festnagelt. Das werden wir nicht so tun.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Wenn alles stehen würde, hätten wir es ja beschlossen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So, ich glaube wir haben jetzt ausführlichst über dieses Thema diskutiert und es ist aus unserer Sicht auch die Dringlichkeit nicht gegeben.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer für eine Zurückweisung dieses Antrages ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Zwischenruf: Warum Zurückweisung?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Es muss über den Antrag abgestimmt werden.

Diskussion verschiedener Mandatare

MD-STV. PRÄSIDIALDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:
Der wird aus formalen Gründen zurückgewiesen, weil die Dringlichkeit nicht begründet wurde.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist aufgrund des neuen Statutes notwendig.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Darf ich eine Verständnisfrage stellen?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Heißt das jetzt, das nicht die SPÖ-Fraktion die Dringlichkeit dem Antrag nicht zuerkennt, sondern, dass man aus formalen Gründen zu wenig begründet hat.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nicht zu wenig, sondern gar nicht begründet.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Deswegen wird er zurückgewiesen?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja.

MD-STV. PRÄSIDIALDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:
Zurückgewiesen werden muss.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So, wir sind noch mitten in der Abstimmung. Wer für die Zurückweisung ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 22 SPÖ. Wer ist dagegen? ÖVP, Grüne, FPÖ, Bürgerforum Frech. Danke. Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Damit ist dieser Antrag zurückgewiesen.

Wir kommen zu Punkt 8, Verhandlungsgegenstände. Ich übergebe den Vorsitz an meine Kollegin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister seine Anträge vorzutragen.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem ersten Antrag geht es um die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Herrn Vzbgm. a. D. Dr. Leopold Pfeil. Dr. Pfeil war 12 Jahre lang dem Gemeinderat der Stadt Steyr zugehörig und hat 12 Jahre die Tätigkeit als Vizebürgermeister hier ausgeübt und wird vorgeschlagen für die Verleihung des Ehrenringes und wir brauchen für diese Verleihung die Zustimmung von 2/3

des Gemeinderates. Ich bitte darüber abzustimmen.

1) Präs-399/05 Verleihung des Ehrenringes derStadt Steyr an Herrn Vizebürgermeister a.D. Dr. Leopold Pfeil.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 9. Juni 2005 wird Herr Vzbgm. a.D. Dr. Leopold Pfeil gemäß § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr mit dem Ehrenring der Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Ehrenringträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner über das normale Maß hinausreichenden Verdienste als langjähriger Mandatar und Vizebürgermeister, insbesondere für sein beispielhaftes Engagement im Bereich Kultur und Verkehrsplanung."

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Wir brauchen jetzt nur die normale Mehrheit. Bei der Verleihung der Ehrenbürgerschaft brauchen wir eine 2/3 Mehrheit.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Entschuldigung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Es gibt keine Wortmeldung. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Danke, nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
In meinem zweiten Antrag geht es um die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Ing. Klaus Lehner. Klaus Lehner ist Vorstand der Chorgemeinschaft Stahlklang Steyr und wird für die Ehrenmedaille der Stadt Steyr vorgeschlagen. Ich bitte diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

2) Präs-357/05 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Kons. Ing. Klaus Lehner.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 30. Mai 2005 wird Herr Konsulent Ing. Klaus Lehner gemäß § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr mit der Ehrenmedaille der Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner jahrzehntelangen umfassenden musikalischen, kulturellen und sportlichen Tätigkeit zum Wohle der Stadt Steyr, der Vereine und der Jugend."

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Wenn das nicht der Fall ist, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Der nächste Punkt ist die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Roland Brunhofer. Herr Roland Brunhofer ist ständiger Mitarbeiter des österreichischen Rundfunks. Er hat die Stadt Steyr über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt gemacht durch mehrere Produktionen wie Filme, Steyr vom Wasser bedeckt, Liebe, Romantik Gesundheit, Urlaub im Land der Industrie usw. Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

3) Präs-417/05 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Roland Brunhofer.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 21. Juni 2005 wird Herr Roland Brunhofer gemäß § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr mit der Ehrenmedaille der Stadt Steyr ausgezeichnet.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seines langjährigen Wirkens im Sinne der Öffentlichkeitsarbeit, wodurch er den Namen der Stadt Steyr weit über ihre Grenzen hinaus bekannt gemacht hat."

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem vierten Antrag geht es um die Verleihung der Prof. Anton Neumann-Medaille an Frau Ingrid Ehler. Sie ist schon langjährige Obfrau der Steyrer Goldhaubengruppe und aufgrund der Kriterien steht ihr diese Ehrung ganz eindeutig zu. Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

4) Präs-158/05 Verleihung der Prof. Anton Neumann-Medaille an Frau Ingrid Ehler.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 27. Mai 2005 wird Frau Ingrid Ehler in Anerkennung und Würdigung ihrer jahrzehntelangen Bemühungen um Tradition und Brauchtumspflege, seit 1975 als Vorstandsmitglied der „Steyrer Goldhaubengruppe" mit der Schriftführung betraut und von 1999 bis 2001 als Obfrau des Vereines, mit der Professor Anton Neumann-Medaille ausgezeichnet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen den Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Der nächste Punkt ist die Verleihung der Prof. Anton Neumann-Medaille an Herrn Paul Pfaffenbichler. Er hat sich ebenfalls am Sektor der Kultur große Verdienste erworben. Ich bitte auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

5) Präs-359/05 Verleihung der Prof. Anton Neumann-Medaille an Herrn Kons. Paul Pfaffenbichler.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 30. Mai 2005 wird Herrn Kons. Paul Pfaffenbichler in Anerkennung und Würdigung seiner jahrzehntelangen ehrenamtlichen Verdienste auf kulturellem und kirchlichem Gebiet die Professor Anton Neumann-Medaille verliehen. Herr Konsulent Paul Pfaffenbichler hat durch seinen unermüdlichen selbstlosen Einsatz in der Vorstadtpfarre St. Michael bei Pfarr- und Kulturveranstaltungen maßgeblich das kulturelle, kirchliche und soziale Leben der Stadt Steyr mitgeprägt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem sechsten Antrag geht es um die Erweiterung der Fahrzeughalle beim FW Haus KDH in der Industriestraße 1. Dieser Bereich leidet schon seit längerer Zeit unter permanentem Platzmangel und deswegen soll der Zubau am Gebäude umgebaut und entsprechend adaptiert werden. Ich bitte

auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

6) GHJ2-40/05 Erweiterung der Fahrzeughalle beim FW Haus KHD, Industriestraße 1.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Liegenschaftsverwaltung vom 20. 06. 2005 wird den Auftragsvergaben für die Erweiterung der Fahrzeughalle beim FW Haus KHD, Industriestraße 1 an die

Fa. Alpine, 4407 Steyr - Baumeisterarbeiten (€ 28.045,19 inkl. USt.)
Fa. Weichselbaumer, 4400 Steyr - Einfahrtstore (€ 19.897,20 inkl. USt.)
Fa. Suppanschitsch, 4442 Kleinraming - Malerarbeiten (€ 2.486,80 inkl. USt.)
FA Kommunale Dienstleitungen, GB VII – div. Umbauarbeiten (€ 7.000,00 inkl. USt.)
Fa. Elektro Berger, 4400 Steyr – Elektromaterial (€ 2.118,34 inkl. USt.)
Fa. Schmidt, 4020 Linz - Schwerlastregale (€ 1.650,00 inkl. USt.)
Fa. Hörtenhuber Edelstahl, 4523 Neuzeug - Spüleplatte (€ 1.650,00 inkl. USt.)
Fa. Tischlerei Ecker, 4400 Steyr – Unterbau Spüleplatte (€ 2.018,40 inkl. USt.)
Fa. Osgar, 4780 Schärding - Einrichtung für Arbeitsräume (€ 3.084,60 inkl. USt.)

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung zur Durchführung dieser Erweiterung wird der Mittelfreigabe von

€ 68.000,00 inkl. USt. (achtundsechzigtausend) bei der VA-Stelle 5/163000/010000 (Gebäude Feuerwehr)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Arbeiten ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 68.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
In meinem nächsten Antrag geht es um den Rechnungsabschluss 2004. Hier kann ich berichten, dass es eine doch einigermaßen zufriedenstellende Entwicklung im vergangenem Jahr gegeben hat, dass ein Gesamtabgang in der Höhe von 0,94 Mio. Euro schlussendlich herausgekommen ist nachdem man ja präliminiert hat, dass ca. 4 Mio. zustande kommen. Es hat eine sehr positive Entwicklung bei den Steuern gegeben. Im Speziellen hier wieder bei der Kommunalsteuer wo es eine 5,27-%ige Steigerung gegeben hat. Bei den Ertragsanteilen haben wir mit einer Steigerung von 0,85 auch eine Steigerung erfahren. Trotzdem muss man hier vermerken, dass gegenüber dem Jahr 2002 immer noch ein Minus von 6,06 % vorhanden ist. Bei den Ausgaben möchte ich lobend erwähnen, dass der Personalaufwand einen Rückgang erfahren hat von 0,66 %. Beim Schuldendienst gibt es ebenfalls eine sehr positive Entwicklung, d. h., der Schuldendienst hat sich von 1999 bis 2004 von 6,1 auf 4,0 Mio. zurückentwickelt. Trotzdem haben wir eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1.215,-- Euro.

Beim außerordentlichen Haushalt möchte ich nur auf die größten Brocken eingehen. Wir haben hier eine Summe von 21,52 Mio. Euro ausgegeben. Die größten Brocken sind das APM und der Grundkauf Reithoffer, der Kanalbau mit 0,94, die Gemeindestraßen mit 2,23 Mio. Euro. Wir haben natürlich wieder eine Reihe von Übertragungen. Bei den Überweisungen an das Land gibt es nach wie vor die negative Entwicklung, dass die Schere weiter auseinander geht. D. h., die Überweisungen an das Land im Verhältnis zu den Beträgen die wir vom Land zurückbekommen gehen immer weiter auseinander. Trotzdem haben wir dieses Rechnungsergebnis im Jahr 2004 erreicht. Ich bitte diesen Rechnungsabschluss zu beschließen.

7) Fin-120/04 Rechnungsabschluss 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Rechnungsabschluss der Stadt Steyr für das Finanzjahr 2004 wird mit Einnahmen und Ausgaben (Anordnungs-Soll)

im ordentlichen Haushalt von € 93.793.879,40
im außerordentlichen Haushalt von € 21.518.868,02
somit insgesamt € 115.312.747,42

genehmigt.

Weiters werden die Bilanzen folgender Unternehmen der Stadt Steyr grundsätzlich genehmigt:

Unternehmen: Stadtwerke Steyr
Aktiva/Passiva (in Euro): 41,697.215,51
Gewinn (+) / Verlust (-): +323.695,38

Unternehmen: Alten- und Pflegeheim Tabor
Aktiva/Passiva (in Euro): 4,648.929,34
Gewinn (+) / Verlust (-): - 104.894,73

Unternehmen: Alten- und Pflegeheim Münichholz
Aktiva/Passiva (in Euro): 13,064.626,95
Gewinn (+) / Verlust (-): - 60.862,51

Die o.a. Bilanzen werden nach Behandlung in den Verwaltungsausschüssen dem Gemeinderat noch extra zur Beschlussfassung vorgelegt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Eichhübl. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste, sehr geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien. Ich möchte das, was vor mir eben der Finanzreferent, Bürgermeister Forstenlechner, als zufriedenstellend beurteilt hat, im Zusammenhang des vorliegenden Rechnungsabschlusses für das Jahr 2004, aus Sicht der Freiheitlichen GR-Fraktion auch etwas in das rechte Licht rücken und ein paar grundsätzliche Anmerkungen, so wie immer bei solchen Themen, wenn es um das Budget geht, machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, pünktlich am Beginn der zweiten Hälfte eines jeden Jahres wird dem Gemeinderat nach dem Nachtragsvoranschlag auch ein Rechnungsabschluss des vorangegangenen Jahres, also dieses Mal des Rechnungsjahres 2004, zur Beschlussfassung vorgelegt. Ich rede jetzt von der Stadt Steyr und nicht von einem gallischen Dorf, nur zur Klarstellung, weil dieser Begriff, die Frau Kollegin lächelt schon, sie weiß es, nämlich bei der letzten Finanz- und Rechtsausschusssitzung gefallen ist. Jeder weiß, wer das gesagt hat, ich brauche es nicht näher hier darlegen. Aber dieser Rechnungsabschluss, meine Damen und Herren des Gemeinderates, soll ja weniger als Vergleich zu den Budgetzahlen des Vorjahres aus unserer Sicht dienen, sondern vielmehr ein Rechenschaftsbericht dessen sein, was sich so alles verändert hat gegenüber dem was der Gemeinderat ursprünglich beim Voranschlag beschlossen hat. Da hat sich, trotz der Tatsache dass es Veränderungen in positiver Hinsicht gibt, das muss man auch hier sagen im Zusammenhang des Rechnungsabschlusses doch, zum Vergleich zum Voranschlag nach wie vor einiges geändert. Ich darf ihnen einige Zahlen nennen. Der ordentliche Haushalt wurde von rund 85.100.000,-- Euro auf 93.800.000,-- Euro und der außerordentliche Haushalt von rund 16,5 Millionen Euro auf über 21,5 Millionen Euro gegenüber dem vom Gemeinderat beschlossenen Voranschlag angehoben. Obwohl der o. H. im Vergleich zum vorliegenden Rechnungsabschluss um 765.000,-- Euro reduziert wurde und eine Ergebnisverbesserung, ich habe bereits Eingangs darauf hingewiesen, beim Abgang von rund 3.175.000,-- Euro möglich war, der ao. H. gegenüber dem Nachtragsvoranschlag um 7.769.000,-- Euro eingeschränkt wurde, steigt dennoch der Schuldenstand Herr Bürgermeister. Es hat sich zwar eine Verbesserung beim Schuldendienst ergeben, aber der Schuldenstand steigt nach wie vor eklatant an und das können sie auch in der Unterlage nachlesen und sehr deutlich an der steigenden Pro-Kopf-Verschuldung feststellen.

Obwohl, auch sehr deutlich feststellbar, die gemeindeeigenen Steuern und Abgaben sowie Gebühren eine Steigerung aufweisen, musste dennoch ein Abgang im ordentlichen Haushalt in Höhe von 940.000,-- Euro aus den Rücklagen abgedeckt werden. Der ao. H. konnte vor allem nur durch neue Darlehensaufnahmen, obwohl er reduziert wurde, und Rücklagenentnahmen finanziert werden. Das ist eine unumstößliche Tatsache und somit, und ich komme noch darauf, haben wir nach wie vor eine dramatische Budgetsituation.
Die Abgaben, Ertragsanteile vom Bund, sind zwar etwas höher ausgefallen, aber die Differenz zu dem was die Stadt an das Land bezahlt und überweist und im Gegensatz dazu vom Land bekommt ist in Höhe von 8,63 Mio., das ist nämlich der Unterschiedsbetrag, nach wie vor eklatant hoch.

Es ist also eine nach wie vor sehr angespannte, um nicht zu sagen dramatische Budgetsituation hier in der Stadt Steyr feststellbar. Es wird immer schwieriger. Jeder weiß das, der in den Ausschüssen tätig ist, die immer höher werdenden finanziellen Anforderungen, beispielsweise im Sozialbereich, zu erfüllen. Wir haben in vielen Bereichen Nachholbedarf und zwar jahrelangen Nachholbedarf und zwar deswegen, weil wir eben notwendig Vorhaben in den vergangenen Jahren aus finanziellen Nöten immer wieder hinausgeschoben haben. Ich nenne hier auch nur ein paar Beispiele: Straßensanierungen, anstehende Verkehrslösungen wie am Tabor bzw. am Ennserknoten, Stadtbadsanierung, eine Schule im Resthof, darf ich auch nicht vergessen, wurde bereits vor 20 Jahren den Bürgern dort versprochen. Jeder einzelne Gemeinderat der hier sitzt wäre durchaus in der Lage spontan weitere Beispiele zu nennen, daher kann ich mir die Aufzählung von vielen weiteren erforderlichen und dringend notwendigen Maßnahmen Ihnen und mir ersparen. Aus Sicht dieser bereits vor Jahren erkennbaren problematischen Finanzlage haben wir von der Freiheitlichen GR-Fraktion immer wieder alle möglichen Einsparungsmaßnahmen eingefordert um zu einer besseren Budgetsituation zu kommen und haben diesbezüglich nicht nur Forderungen gestellt, der Herr Bürgermeister nickt, er weiß das aus Finanzverhandlungen, sondern auch dementsprechende Vorschläge eingebracht. Denn eines, und das habe ich auch beim Nachtragsvoranschlag bereits gesagt, wird nicht möglich sein, dass wir nur ständig die Gebühren und Tarife anheben um so halbwegs mit den Budgets in den kommenden Jahren über die Runden zu kommen. Diesbezüglich ist in vielen Bereichen die Schmerzgrenze bereits erreicht bzw. wie bei der Kanalbenützungsgebühr bereits überschritten. Wir anerkennen daher auch die derzeit laufenden Auswertungen der Mitarbeiter dieses Hauses und hoffen, es geht da um Einsparungsvorschläge hat der Herr Magistratsdirektor berichtet, dass sich diese Einsparungen bereits bei der nächsten Budgeterstellung bemerkbar machen werden.
Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wir haben vonseiten der Freiheitlichen GR-Fraktion viel Beschlüsse im Laufe des Budgetjahres 2004 mitgetragen und haben dann, wenn wir eine andere Meinung vertreten haben, dies auch immer sehr deutlich begründet. Dem Rechnungsabschluss werden wir, so wie dem Nachtragsvoranschlag, keine Zustimmung geben, weil, und ich habe das sehr ausführlich dargelegt, in vielen Bereichen es nicht dem entspricht was tatsächlich der Gemeinderat beim Voranschlag beschlossen hat. Im Besonderen denke ich, ich bleibe bei dem einen Beispiel, an den von uns abgelehnten Reithoffergrundankauf.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, vielleicht nur einen kurzen Satz dazu über Sinn und Unsinn der getätigten Vorhaben im Rechnungsabschluss. Es ist müßig zu streiten, weil das ist mehrheitlich beschlossen worden und auch, was ich mich erinnern kann von der FPÖ. Wir stimmen heute im Grunde genommen nur über die Richtigkeit und Zusammenfassung ab, aber nicht über das was da drinnen jetzt gut oder nicht gut ist.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Aber wir können unsere Meinung dazu schon kundtun.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Na, na, man kann es eh kritisieren nur ich sage das kommt ja da drinnen nicht vor. Da heißt es was weiß ich wir haben zwar das und das überschritten, aber im Grunde genommen ist das der Rechnungsabschluss und dann kann man darüber reden ob das sinnvoll war oder nicht, aber das ist ja nicht Inhalt des Beschlusses dann. Der Beschluss besagt ja, dass wir es zur Kenntnis nehmen und darüber abstimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Roman, ich muss dir natürlich schon auch Recht geben, du hast in deinen Ausführungen immer wieder darauf hingewiesen, dass doch einige Gefahren da sind, dass die Gefahren immer beim Budget gegeben sind und dass wir auch in Zukunft auf diese Gefahren Rücksicht nehmen sollten. Ich höre mir deine Reden immer sehr genau an und sie sind immer sehr fundiert und es sind für mich auch ernstzunehmende Themen die du gesagt hast. Du hast allerdings auch gesagt, es gibt sehr positive Entwicklungen und es gibt Punkte auf die wir in Zukunft Rücksicht nehmen sollten. Dass du den Kauf des Reithoffergeländes nicht goutierst, das ist ein anderes Thema, da sind wir halt unterschiedlicher Ansicht, das ist halt einmal so. Aber dass etwas getan werden muss, dass ein Budget nicht immer einen Abgang haben kann, das ist eine Selbstverständlichkeit. Wir können nicht immer von den Rücklagen leben. Wir haben wieder ungefähr 1 Million von den Rücklagen wegnehmen müssen, das kann auf Dauer nicht die Zukunft einer gesunden Budgetpolitik der Stadt Steyr sein. Wir haben darauf aber auch schon reagiert und es gibt ein Konsolidierungsprogramm das bereits läuft und das in den nächsten Monaten so weit sein wird, dass Ergebnisse vorgezeigt werden können. Ich bin überzeugt, dass wir für die nächsten Budgets hier bessere Grundlagen haben werden. Ich freue mich schon auf deine nächste Budgetantwortrede. Ich bitte um die Abstimmung über diesen Rechnungsabschluss.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖPV, Grüne. Wer ist dagegen? 4 (FPÖ, Bürgerforum). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke, nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Der nächste Punkt ist der Bericht des Kontrollausschusses und zwar Kontrolle und Revision, Jahresbericht 2004, gem. § 39 Abs. 3. Ich nehme an, dass sie diesen Revisionsbericht durchgegangen sind und bitte darüber zu befinden.

8) Rp-1/04 Kontrolle und Revision; Jahresbericht 2004 gem. § 39 Abs. 3 StS.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der von der FA Kontrolle und Revision vorgelegte Jahresbericht für 2004 wird gem. § 39 Abs. 3 StS zur Kenntnis genommen. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht dazu jemand das Wort? Herr GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, Ihnen liegt ja ein umfangreiches Kompendium über die diversen Prüfungstätigkeiten des Kontrollamtes vor. Nach altem Brauch möchte ich mich recht herzlich bei der Beamtenschaft für die Mitarbeit bedanken, aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen im Kontrollausschuss mit einer kleinen Einschränkung. Es war immer guter Brauch, dass alles was quasi begründet, vorgeschlagen wurde im Kontrollausschuss letzten Endes auch geprüft worden ist. Nur beim letzten Kontrollausschuss haben wir eine leichte Unstimmigkeit gehabt und der überübernächste Punkt wird uns das ja zeigen, vielleicht können wir das dann genauer ausfertigen. Nichtsdestotrotz danke noch einmal an die Beamtenschaft und danke auch an die Kollegen mit einer kleinen Einschränkung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, wir beschließen im Prinzip bei diesem Tagesordnungspunkt, dass wir den Prüfungsbericht für das gesamte Jahr 2004 zur Kenntnis nehmen. Das tu ich gerne, nur zur Kenntnis nehmen ist mir ein bisschen zu wenig. Ich schließe mich den Dankesworten meines Vorredners an für die Tätigkeit des Kontrollamtes, nur manchmal würde ich mir schon auch wünschen, dass nicht nur die Tätigkeit bedankt wird, sondern dass das, was vorgeschlagen wird durch das Kontrollamt, nicht nur zur Kenntnis genommen wird, sondern auch tatsächlich umgesetzt wird. Und da gibt es einige Dinge, die

nicht umgesetzt worden sind, oder wo ich keine Kenntnis darüber habe, ob sie irgendwann umgesetzt werden. Wir haben ja heute schon, das zieht sich ja anscheinend durch den Gemeinderat durch, diskutiert, da gibt es irgendwo anscheinend keinen Beschluss und man glaubt es wird eh ausreichen, dass das der innere Dienst macht. Was ja ohnedies Usus geworden ist, viele Dinge die früher hier in diesem Gemeinderat behandelt worden sind, werden dem Gemeinderat gar nicht mehr vorgelegt, dem Stadtsenat gar nicht mehr vorgelegt, und zwar mit der Begründung, das ist innerer Dienst. Und innerer Dienst ist die Entscheidung durch die Magistratsdirektion. Ähnliches ist mir ja auch bei Reithoffer erklärt worden. Das war ja nicht so, wie der Herr Vizebürgermeister Bremm gemeint hat wir wären da sehr informiert worden im Bauausschuss, sondern es war so, dass nur durch konkrete Nachfragen ein paar Bruchstücke gesagt wurden und am Schluss hat es geheißen, na eigentlich braucht sie das ja gar nicht zu interessieren, weil das ist ja alles innerer Dienst wenn jetzt Magistratsabteilungen da absiedeln ins Reithoffergebäude. Wie gesagt, das ist alles jetzt innerer Dienst. Wir müssen aber über die finanziellen Mittel abstimmen in diesem Gemeinderat. Informationen darüber bekommen wir nicht – innerer Dienst. Der Bürger muss es bezahlen, aber die gewählten Mandatare dürfen keine Informationen erhalten und werden also bestenfalls informiert und das nur bruchstückhaft. So, jetzt könnte man sagen das ist die Privatmeinung der Frau Frech, die sieht das so. Aber auch das Kontrollamt sieht es in manchen Dingen so, dass man was anders machen sollte. Einen konkreten Bereich aus der Prüfungstätigkeit im 3. Quartal betrifft die allgemeinen Geschäftbedingungen der Stadt Steyr. Die Stadt Steyr hat ja sehr viel mit privaten Unternehmen zu tun und da gibt es jetzt allgemeine Geschäftsbedingungen. Da hat man sich eh sehr, sehr lange Zeit gelassen. Allerdings gibt es über die keinen gemeinderätlichen Beschluss. Die sollten aus Gründen der Rechtssicherheit im Gemeinderat beschlossen werden. Das ist nicht die Privatmeinung der Frau Frech, sondern das stellt das Kontrollamt fest. Das Kontrollamt war bei dieser Erstellung der allgemeinen Geschäftsbedingungen eingebunden und hat damals vorgeschlagen, diese allgemeinen Geschäftsbedingungen durch Beschluss des Gemeinderates zu einem allgemeinen Vertragsbestandteil werden zu lassen. Dieser Vorschlag wurde nach Anhörung der FA für Privatrechtsangelegenheiten nicht mehr weiter verfolgt. Das ist zu lesen im Prüfbericht, Datum 18. 5. 2004. Wir haben das dann im Prüfungsausschuss vorgelegt bekommen. Seit 18. 5. 2004 ist mehr als ein Jahr vergangen. Können sie sich erinnern, dass wir da herinnen allgemeine Geschäftsbedingungen der Stadt Steyr beschlossen hätten? Ich nicht. Es ist nicht weiter verfolgt worden, aber heute nehmen wir den Bericht so zur Kenntnis. Ich wüsste gerne, gibt es Bestrebungen diese Rechtssicherheit zu schaffen und diese allgemeinen Geschäftsbedingungen durch den Gemeinderat der Stadt Steyr beschließen zu lassen wie es z. B. die Stadt Linz durchaus getan hat. Aber Steyr ist anscheinend hier anders oder, wie der Herr Vzbgm. Bremm gerne sagt, wir sind ja kein Saudörfi nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Kein Saudörfi nicht, dann sind wir aber eines.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Also diesbezüglich würde ich bitte um Aufklärung bitten, ist es geplant diesen Vorschlag, der gebracht worden ist vom Kontrollamt, auch tatsächlich irgendwann weiter zu verfolgen oder heute wieder nur aufzuzeigen und zur Kenntnis zu nehmen. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist aus der Prüfungstätigkeit vom 1. Quartal 2004. Und zwar ging es damals, und das haben wir sehr ausführlich diskutiert im Kontrollausschuss, um die Parkraumbewirtschaftung. Da hat sich das Kontrollamt extrem viel Mühe gegeben, wirklich Vergleiche herzustellen zu anderen Städten, was kostet dort die Parkraumüberwachung, wie sieht das aus, und ist zu dem Schluss gekommen, es gäbe Einsparpotential. Was für uns ja durchaus sehr wichtig wäre, damit uns von den Einnahmen, die wir aus der Parkraumbewirtschaftung haben, auch mehr übrig bleibt. Immerhin ist es da um ein Volumen gegangen, laut Kontrollbericht, auch wieder nicht die Privatmeinung der Frau Frech, sondern laut Kontrollbericht, von 250.000,-- Euro. Ich höre ständig über die angespannte Budgetsituation. Da gibt es einen Vorschlag, eventuell könnte man 250.000,-- Euro einsparen, 19. 5. 2004. Ja, und was ist jetzt? Dann steht drinnen, man könnte natürlich eine neuerliche Ausschreibung machen um tatsächlich marktkonforme Preise zu erzielen. Nur, was ist bis jetzt eigentlich passiert? Ich weiß nicht, gab es bereits eine Ausschreibung? Wie ist der Verhandlungsstand? Es hat geheißen man verhandelt mit dem österr. Wachdienst. Ich weiß nicht was daraus hervorgegangen ist, jedenfalls am 14. Mai 2004 hat es bereits die Stellungnahmen gegeben. Was ist rausgekommen? Mehr als ein Jahr ist vergangen. Hat man das überprüft? Überlegt man eine Ausschreibung? Ich bitte um

Information.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Gabath. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:
Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren, liebe Kollegen im Gemeinderat. Ich danke natürlich auch in erster Linie der zuständigen Fachabteilung für die wertvolle Arbeit die sie das ganze Jahr oder die ganze Zeit leistet. Ich möchte nur ein Wort zur Unstimmigkeit sagen. Was ist da unstimmig, wenn ich verschiedener Meinung bin? Wenn ich heute eine Notwendigkeit einer Maßnahme die vorgeschlagen wird nicht einsehen kann, weil der Aufwand wesentlich größer ist als der Effekt, dann ist es ja nicht unstimmig. Ich danke trotzdem allen Kollegen im Ausschuss für die wertvolle Zusammenarbeit.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke Walter. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zum Schlusswort.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, wenn es in einem Ausschuss nie Unstimmigkeiten gäben würde, dann wäre das vielleicht eh nicht ganz natürlich. Hin und wieder kann man natürlich anderer Meinung sein, das soll auch so sein, es soll kontroversielle Diskussionen geben, das ist sicher gesund in unserer Demokratie.

Zum Thema, Michaela, dass man natürlich die Schlüsse ziehen sollte aus den Prüfberichten, das ist ja eine Selbstverständlichkeit. Wir werden auch bei den einzelnen Themen wo es wirklich hakt und wo du meinst, dass nachgehakt werden sollte, entsprechend noch einmal hinterfragen, wie der Stand zu diesen Themen ist. Konkret kann ich dir jetzt nicht sagen, ob diese allgemeine Geschäftsordnung in Arbeit ist oder nicht, aber ich werde das hinterfragen und ich werde noch einmal darüber berichten.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Es sind doch alle da, das kann man doch erheben. Es wird doch einer der anwesenden Damen und Herren wissen ...

Zwischenruf: Wir haben keinen Erhebungstag sondern einen Gemeinderat.

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Okay, ich bitte um die Abstimmung.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Moment. Die Frage Parkraumbewirtschaftung lässt sich auch nicht beantworten?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frage Parkraumbewirtschaftung haben wir beim Konsolidierungsthema erst vor kurzem behandelt und da wird es auch eine spezielle Vorgangsweise geben.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Danke für die ausführliche Information.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich kann leider keine ausführlichere Information geben, weil ich auch noch nicht mehr weiß.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? 1 (Bürgerforum Frech). Danke, nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Zum Thema Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.6, Dornach – Stadtgut. Es ist ja beabsichtigt, dass neben dieser Fly-over-Brücke ein entsprechendes Betriebsbaugebiet errichtet werden soll. Dieses Betriebsbaugebiet entspricht dem Stadtentwicklungskonzept. Es ist entsprechend geprüft worden. Ich

bitte dieser Flächenwidmungsplanänderung die Zustimmung zu erteilen.

9) BauGru-17/04 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.6; Dornach – Stadtgut.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 2.6 – Dornach –Stadtgut – wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 15. 3. 2004 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 30. 5. 2005 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idgF., beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem nächsten Antrag geht es um den Ankauf einer Drehleiter mit Korb, „DLK“ heißt das, der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr. Es geht hier um Gesamtkosten von 660.000,-- Euro und es ist vom Verfahren her notwendig, dass wir heute 220.000,-- Euro beschließen um im Jahr 2007 zu dieser Drehleiter mit Korb zu kommen. Ich bitte dieser Vorgangsweise und diesem Betrag die Zustimmung zu erteilen.

10) FW-6/05 Ankauf einer Drehleiter mit Korb „DLK“ für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr, Zustimmung zur vorzeitigen Ausschreibung und Sicherstellung der finanziellen Mittel.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Liegenschaftsverwaltung, Dienststelle Feuerwehr, vom 8. Juni 2005 wird der vorzeitigen Ausschreibung zur Anschaffung eines Fahrzeuges samt Drehleiter mit Korb „DLK“ zugestimmt und gleichzeitig die Erklärung abgegeben, dass im Rechnungsjahr 2006 ein Betrag von Euro 220.000,-- und im Rechnungsjahr 2007 der sich aus der Ausschreibung ergebende Restbetrag verpflichtend in den jeweiligen Voranschlag aufgenommen wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
In meinem nächsten Punkt geht es um die Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse. Und zwar geht es hier um eine neuerliche Überarbeitung. Aufgrund der gesetzlichen Änderungen im Land ist die Geschäftsordnung dem neuen Statut anzupassen. Der Gemeinderat hat zwingend eine Geschäftsordnung zu erlassen und diese neue Geschäftsordnung ist mit einer 2/3 Mehrheit im Gemeinderat zu beschließen. Ich bitte dieser Geschäftsordnung die Zustimmung zu erteilen.

11) Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse (GOGR); neuerliche Überarbeitung.
Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 28. Juni 2005 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung betreffend die Änderung der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse (GOGR) genehmigt.

Die Kundmachung dieser Verordnung hat durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich hatte ja bereits mehrmals die Gelegenheit im Zusammenhang der Statutenänderungen auch für die Stadt Steyr sowie Linz und Wels, aber wir reden natürlich in erster Linie von Steyr, die Möglichkeit für die Freiheitliche GR-Fraktion eine Stellungnahme abzugeben. Ich werde aber gerne unsere Meinung heute hier in kurzer Fassung wiederholen. Ich erlaube mir einen kurzen Rückblick. Begonnen hat die ganze Angelegenheit, und das sollte man vielleicht auch einmal sagen, bereits vor der Landtags- und Gemeinderatswahl im Herbst 2003. Da sind nämlich einige oberösterreichische Landespolitiker draufgekommen, rein aus parteipolitischen Konkurrenzgründen, auch eine Statutenänderung in den Statutarstädten voranzutreiben. In weiterer Folge haben sich dann Ausschüsse gebildet im Landtag und hat es Besprechungen gegeben. Es ist dann auch so gewesen, und jeder wird sich daran erinnern, dass auch die Fraktionen dieses Gemeinderates eingeladen wurde, ich sage aber gleich vorweg, der Form halber eingeladen wurden, ihre Vorstellungen entsprechend zu präsentieren. Die SPÖ hat ihre Vorstellungen kund getan und die anderen Parteien haben ein gemeinschaftliches Papier erarbeitet. Es hat aber lediglich zur Folge gehabt, dass man uns nicht einmal freundliche Grüße ausgerichtet hat, sondern gleich samt und sonders diese Papiere in den Mistkübel geworfen hat, denn auf Punkt und Beistrich wurde alles abgeändert und nicht anerkannt.
Kollege Vzbgm. Bremm, ich habe ja den Vorteil und du wirst ja das auch bestätigen, sowie einer deiner Fraktionskollegen anlässlich der Finanz- und Rechtsausschusssitzung, dass die Freiheitliche Landtagsfraktion ja dem die Zustimmung nicht gegeben hat, aber ich komme noch später darauf zu sprechen.
Aber Tatsache ist, dass auch die Vorstellungen der Mehrheitsfraktion nicht akzeptiert wurden, so wie alle anderen Vorstellungen der hier anwesenden Fraktionen. Das ist eine unumstößliche Tatsache. Wie gesagt, man hat das nicht akzeptiert und hat schlussendlich dann dieses Statut abgeändert und hat das dem Gemeinderat der Stadt Steyr auf das Auge gedrückt und erwartet jetzt aber dass hier großartige demokratiepolitische Entscheidungen zur Kenntnis genommen werden. Also jetzt schaut es so aus, braucht man den Gemeinderat dazu um eine Geschäftsordnung des Gemeinderates zu beschließen, über den Inhalt von Statuten, die keiner von uns gewünscht hat. Vielleicht, Kollege Bremm, ist es bei der SPÖ-GR-Fraktion ein bisschen anders, denn gerade eingangs der Sitzung, als wir diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht haben, hat sich ja sehr deutlich dargestellt, dass sich die SPÖ-Fraktion offensichtlich mit dieser neuen Statutenäderung schon sehr gut angefreundet hat. Denn ich kann mich schon erinnern, dass es Dringlichkeitsanträge gegeben hat, die ebenso, wie unser heutiger, bereits inhaltlich entsprechend auf die Dringlichkeit hingewiesen haben.

Unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Ich habe jetzt die Zwischenrufe nicht verstanden, darum kann ich nicht näher darauf eingehen.

Gelächter

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Kollege Spanring, vielleicht können wir nachher darüber reden, wenn du damit einverstanden bist.

Jedenfalls, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat es Anträge in diesem Gemeinderat gegeben, die ebenso, und jetzt wiederhole ich mich, weil es hat da Zwischenrufe gegeben, für jene die das nicht verstanden haben, in der Antragstellung bereits die Dringlichkeit beinhaltet haben wie heute unser Antrag. Denn aus der Antragstellung, das betone ich nochmals, ich gehe gar nicht näher darauf ein um sie nicht zu langweilen, war die Dringlichkeit eindeutig abzulesen. Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, war die Situation so, dass der Gemeinderat bereits mit der Statutenänderung respektive mit der daraus resultierenden Beschlussfassung einer neuen Geschäftsordnung des Gemeinderates beschäftigt war und die 2/3 Mehrheit aus den von mir angeführten Gründen nicht erreicht hat. Ich kann Ihnen nur abschließend eines sagen, wir, von der Freiheitlichen GR-Fraktion, haben unsere Ansicht nicht geändert. Wir sind nicht bereit, uns unter dem Übertitel jetzt Entscheidungen die auf rechtmäßigen bzw. wie der Kollege Bremm gesagt hat auf dem demokratischen Wege gefallen sind entsprechend zu sanktionieren, weil wir, wie gesagt, in der angenehmen Lage sind, dass die Fraktion des Landtages der Freiheitlichen nicht mitgestimmt hat, weil wir eben Rücksprache gehalten haben, rechtzeitig, und unsere Einwände auch dort gehört wurden.

Wie gesagt, wir haben keine Veranlassung uns in der Stimmabgabe heute anders zu verhalten. Wir werden diesem vorliegenden Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung wieder die Ablehnung geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Frau Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Wir haben erst vor wenigen Tagen über dieses Thema wieder gesprochen und da war eines schon ganz interessant, diese Gretchenfrage: „Wie hältst du es mit der Demokratie?“, gerichtet an den Herrn Bürgermeister. Wir wollten eigentlich alle Fraktionen eine klare Aussage der SPÖ-Fraktion ob sie mit diesem bestehenden Statut jetzt so einverstanden ist oder nicht und daraus ergibt sich natürlich dann auch diese Geschäftsordnung. Da war eines dieser Argumente wir müssen jetzt diese Geschäftsordnung beschließen, wir können ja gar nicht anders. Dann war die Frage: „Na ja, seid ihr mit dem Statut einverstanden oder seid ihr bereit, dass wir gemeinsam auch eine Vorgehensweise beschließen, dass wir uns beim Land deklarieren, dass wir als Stadt Steyr mit diesem Statut nicht einverstanden sind?“ Dann kam ein eindeutiges „Ja“, für uns passt dieses Statut. D. h. im Endeffekt, ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Na, wir haben uns daran zu halten.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nein, es passt für uns, nicht wir haben uns daran zu halten. Das sind zwei Unterschiede. Das ist ein sehr wichtiger semantischer Unterschied ob ich sage ich habe mich daran zu halten oder ich bin einverstanden. Weil wenn ich sage ich bin nicht einverstanden, dann kann ich ja versuchen eine Gesetzesänderung zu erwirken. Genau um das ist es gegangen in dieser letzten Ausschusssitzung, dass man bereit ist mit dem Land noch einmal in Verhandlungen zu treten und sich als Stadt Steyr zu deklarieren und zu sagen, bitte wir sind mit diesem Statut, das ihr uns übergestülpt habt, nicht einverstanden. Aber da kam seitens der Mehrheitsfraktion nein, für uns passt dieses Statut. Wir sind also nicht bereit, da etwas anderes zu machen. Das ist schon ganz interessant, dass man sagt, ...

GEMEINDERAT GERALD HACKL:
Das ist peinlich!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ja, es ist wirklich peinlich. Danke Gerry für diese Wortmeldung. Es ist peinlich gegenüber dem Bürger, dass von ihm gewählte Mandatare nicht einmal mehr Dringlichkeitsanträge de facto in diesem Gemeinderat behandelt werden, weil das war heute eigentlich wirklich ein gutes Beispiel, unter Anführungszeichen, dafür wie man mit basisdemokratischen Instrumenten oder mit demokratischen, das ist nicht einmal basisdemokratisch, Instrumenten hier herinnen umgeht, dass man nicht einmal mehr die Dringlichkeit einem Antrag zuerkennt. Sie hätten gerne nachher dagegen stimmen können. Aber nicht einmal die Dringlichkeit zuerkennen, aus irgendwelchen formalen Gründen die man aber interpretieren kann, Mandatare nicht einmal mehr irgendwie ausreden zu lassen, was zur Berichtigung zu bringen, egal was, zeigt ganz einfach, wie Demokratie hier im Hause gehandhabt wird.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Im Land OÖ ist das Gesetz aber beschlossen worden.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Richtig, aber Gesetze lassen sich auch ändern. Es gibt viele Gesetze, die auch wieder geändert wurden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Frau Kollegin, beim LH haben wird das Gelöbnis abgelegt, dass wir die Gesetze des Landes ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Darum ist es nicht gegangen. Es ist darum gegangen, dass in dieser letzten Sitzung ...

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Willst du grundsätzlich kein Gesetz mehr umsetzen, was das Land vorgelegt hat.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich merke schon, es hat ohnedies wenig Zweck da herinnen, eigentlich müsste man sich als Mandatar da herinnen die Sinnfrage stellen. Man müsste wirklich die Sinnfrage stellen ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das willst du tun?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ja, Herr Bürgermeister, wahrscheinlich wäre es dir am liebsten, alle anderen Fraktionen würden einfach den Raum verlassen und für alle Beschlüsse braucht man dann nur einmal in Bausch und Bogen aufzeigen. Wahrscheinlich wäre dir das am liebsten. Es gibt aber Gott sei Dank noch andere Fraktionen auch und es gibt ein paar wenige Rechte die wir haben. Man versucht sie jetzt sowieso einzuschränken und sie sind sehr massiv eingeschränkt worden, aber gut. Nur eines Herr Bürgermeister, wie gesagt, ihr habt euch deklariert als Mehrheitsfraktion, ihr seid mit diesem Statut, mit dieser Beschneidung von Demokratie einverstanden, müsst euch aber schon die Frage gefallen lassen, wenn man die Rechte der Mandatare so massiv beschneidet, was macht man dann mit den Rechten der Bürger. Geht ihr mit denen dann viel großzügiger um? Das glaube ich nicht.
Die Geschäftsordnung um die es hier geht, wie gesagt, sie können ja gerne da mitstimmen, aber nur ein kleiner Schlusssatz zu diesem Thema: „Ich glaube nur die Dümmsten Schafe wählen sich ihre Schlächter selbst."

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, in Wirklichkeit haben wir ja die Debatte schon geführt in der letzten GR-Sitzung und es sind, so wie unser Altbürgermeister gerne gesagt hat, in Wirklichkeit Leerkilometer die wir da heute absolvieren, weil wir reden da um Dinge, die wir gar nicht zu entscheiden haben. Wir diskutieren über einen Teil, der in Wirklichkeit beim Land OÖ entschieden worden ist, über das Statut der Statutarstädte. Ich muss aber im Hintergrund auch sehen, wieso ist denn über das Statut überhaupt diskutiert worden, warum ist es denn geändert worden. Weil es der Wunsch der Landesparteien gewesen ist, die Gemeindeordnung zu ändern. Und da ist das Statut der Statutarstädte in irgendeiner Art und Weise angepasst worden. Wir sind auch nicht auf der Matte beim Land OÖ gestanden und haben gesagt, bitte ändert unser Statut. In keinster Weise, es war kein Bedarf. Wir waren mit dem vorhergehenden Statut auch zufrieden und einverstanden. Es hat ja auch gut funktioniert, wir haben ja damit arbeiten können. Ob es jedem immer passt oder nicht, das ist ein anderer Kaffee. Die Mehrheiten entscheiden. Jetzt hat das Land OÖ das Statut für Linz, Wels und Steyr beschlossen und das ist ein demokratischer Prozess gewesen. Da geht es in Wirklichkeit nur mehr darum, mit der Geschäftsordnung des Gemeinderates das nachzuvollziehen. Da geht es gar nicht um irgendwelche Kinkerlitzchen was man sich als Stadt Steyr selbst richten will, sondern nur mehr das umzusetzen. Das wäre in Wirklichkeit eine sehr demokratische Vorgangsweise, ob es einem passt oder nicht. Es ist ja nicht so, dass irgendwelche Bösewichte gewesen sind im Land OÖ die das getan haben, sondern unter Federführung der ÖVP, unter Regierungsbeteiligung der Grünen und unter Zustimmung der SPÖ. Die drei Parteien haben dieses Statut beschlossen. Wenn der Eichhübl sagt er ist dagegen weil sie in Linz auch dagegen waren, dann habe ich noch ein Verständnis dafür, aber für alle anderen habe ich kein Verständnis dafür, dass man sagt, jetzt bin ich prinzipiell dagegen, weil die nicht das getan haben was ich will. Dein Demokratieverständnis, Kollegin Frech, also, das ist auch hie und da sehr fragwürdig, weil alles was nicht nach deiner Meinung geht ist undemokratisch und alles was du meinst das so sein müsste, das wäre demokratisch. Also, da gibt es auch vielleicht noch Nachholbedarf. Demokratie ist einfach die Mehrheit. Ich bin leidenschaftlicher Demokrat, und es wäre sehr eindeutig, was du gesagt hast, ...

Zwischenruf: Das musst du aber dem Anschober sagen.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Der Trübswasser war einer der größten Verfechter dieses Statuts.
Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Wisst ihr was ich verstehen würde? Wenn ihr euch bei euren Landesparteisitzungen so wehrt dagegen und denen dort einmal wirklich Bescheid sagen würdet. Das würde ich vorschlagen.

Zwischenruf: Das wird schon noch kommen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Habt ihr es noch nicht getan? Weißt du eh, wann das beschlossen worden ist? Das habt ihr ein bisschen verschlafen, und euer Regierungsmitglied hat nicht das getan, was ihr wolltet. Da braucht ihr ja nicht den Gemeinderat der Stadt Steyr dafür verantwortlich machen oder uns als Sozialdemokratische Fraktion. Wir sind Demokraten mit Leib und Seele und wir nehmen auch einen Mehrheitsbeschluss im Land zur Kenntnis, der auch dann in der Stadt Steyr nachzuvollziehen ist.

Liebe Kollegin Frech, es wäre sehr eintönig, wenn nur wir alleine hier herinnen wären. Das passt schon so, wie wir hier zusammengesetzt sind, das ist schon so in Ordnung. Das gehört zur Demokratie dazu.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Der Kollege Eichhübl hat mir gerade gesagt, dass der Antrag von der ÖVP ausgegangen ist, dass das Statut geändert werden soll.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist eine Angleichung an das Gemeindestatut.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
So schaut das eigentlich aus. Ich wollte euch das nur sagen.

Nächster zu Wort gemeldet ist GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Also, das habe ich ja schon kommen sehen, dass so die gegenseitigen Vorwürfe da hin und her fallen, aber eines ist schon immer so im Tenor, die Schwarzen und die Grünen haben es vertan. Im Grunde genommen, das was da drinnen jetzt ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wer sonst?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ja, wer sonst? Ist eh klar. Mir würde dazu ja noch etwas einfallen. Ich meine, ich denke mir, diese Geschichte die da drinnen steht, jetzt da über den Kamm geschert, in Linz drüben dürfen sie nur mehr zu 2. eine Fraktion und da bei uns auch mehr als wie einer usw. Das ist aber von niemandem gekommen. Weder von Schwarz noch von Grün, sondern das hat der gute Herr Bürgermeister Dobusch heftigst verlangt dort drüben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Was hat er verlangt?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Na diese Beschneidung der Fraktionen nämlich weil er sich ein Geld erspart und das ist das, was ihr da herinnen auch spürt, dass es, wenn es nur mehr einen Kopf gibt, ob Männlein oder Weiblein, wir haben ja immer trotzdem eine Fraktion gehabt. Ich meine, die Kollegin Frech war eine Fraktion. Das ist sie in Zukunft nicht mehr und sie bekommt auch kein Geld mehr dafür, ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Das weißt du ja noch gar nicht Kurt!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
... keine Parteienförderung. Natürlich hat man da herinnen gespürt, ja Augenblick einmal, einiges passt uns nicht, aber wenn wir genau nachrechnen, ist uns das schon recht, das kostet uns viel Geld.

Diskussion zwischen Vzbgm. Gerhard Bremm und GR Kurt Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wir sind ja kein Saudörfi, wir sind eine Statutarstadt. Und als Statutarstadt lassen wir uns 1. einmal nicht über den Kamm scheren mit anderen Statutarstädten. Das wäre ja wirklich ein Saudörfi wenn wir das täten. Das wünscht ihr euch aber auch heftig glaube ich, weil ihr genau wisst, dass es auch durchaus Vorteile hat und die Minderheitengeschichte liegt euch ja auch irgendwie im Magen. Also Brauch war bei uns immer, dass man zumindest im Kontrollausschuss was sagen konnte. Jetzt sich mit der Sonnenbrille und mit dem Liegestuhl hineinsetzen, weil man da drinnen nicht einmal mehr reden darf, das ist extrem minderheitenfeindlich.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Warum sagst du das nicht dem Trübswasser?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Minderheitenrechte sind auch Menschenrechte denke ich mir und auf Bundesebene haben wir es jetzt eh gesehen, wie die SPÖ mit Menschenrechten umgeht, weil da haben sie nämlich in der eigenen Partei auch schon Schwierigkeiten gehabt. Der Andy hat schon Recht, weil wer ist denn für Steyr drüben gesessen? Ich gebe jetzt nicht unbedingt dir die Schuld Herr Bürgermeister, aber du hast verhandelt. Du bist für die Stadt drüben gesessen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Aber da hat mich ja keiner lassen. Da sind die Obergrünen drüben gesessen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Aber wenn sie mir was vorreden mit dem ich wirklich angeblich nichts am Hut habe, dann sage ich: Liebe Freunde, ihr seid nicht die Götter in Oberösterreich und wir wollen das nicht.“ Aber das hast du nicht gemacht.

Zwischenruf: Nächstes Mal schicken wir dich, Kurt, aber da musst du zuerst Bürgermeister werden.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ja dann wählt mich halt.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Gerade im Gegenteil. Wenn ihr euch erinnert liebe Fraktionsobleute, wie es darum gegangen ist das Statut zu behandeln, hat es zwei Schienen gegeben. Komisch. Eine Stadt gemeinsam muss sich über das Statut auseinandersetzen, da kommt was, so ungefähr mit dunklen Wolken, ich will nicht sagen schwarzen Wolken, über Steyr und dann müsste man doch hergehen und eigentlich an einem Strang ziehen. Es waren aber zwei Stränge. Die SPÖ hat einen Vorschlag gehabt und die ÖVP, die Grünen, das Bürgerforum und die FPÖ waren auch dabei. Na ist das nicht eigenartig? Warum kann man sich nicht zusammensetzen und sagen, lieber Herr Bürgermeister reden wir uns zusammen, es geht letzten Endes über unsere Gebarung ect.

STADTRAT WALTER OPPL:
Da muss man einmal fragen, wie das entstanden ist. War da die FPÖ dabei? War sie eingeladen oder nicht?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Nein, das war im stillen Kämmerlein.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wie wenn ihr im Haus stille Kämmerlein hättet oder so.

Nein, nein, es hat eine Zusammenschau gegeben, nur eine Antwort von euch hat es nicht gegeben. Mir habt ihr gerade im Gegenteil gesagt, also einiges was ihr da drinnen habt, das passt uns

überhaupt nicht. Es ist heute auch schon gefallen, diese Veränderungen die nämlich ÖVP, Grüne, Blaue und das Bürgerforum gewollt haben sind nicht einmal angewispelt worden drüben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Hast du keinen Kontakt zu deinen Kollegen dort drüben?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ja freilich, darum weiß ich das ja auch.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Was hat der gesagt?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Zu guter Letzt, ich denke mir wenn das so Gottes Wille wäre, ja, Entschuldigung, dass ich diesen Herrn dort oben strapaziere, so wie ihr tut, so quasi, jetzt haben sie was gesagt und wir müssen folgen, wie die Lausbuben ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist unglaublich.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
... dann denke ich mir, warum sitzen wir ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
So was ist aber nicht mehr lustig.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Jetzt regt ihr euch alle auf. Hättet ihr euch zuerst auch aufgeregt.

Zwischenruf: Blasphemie!

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Das letzte Wort wird dort oben gesprochen. Dann wäre das das erste Mal, dass das so eine gottgegebene Geschichte ist, gegen die man sich nicht wehren kann. Also das wäre das einzige Gesetz das ich weiß, gegen das man nicht ankämpfen kann.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ihr sucht da einen Schuldigen, das ist eine Sauerei bis dort hinaus.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ja, meinetwegen ist es halt eine Sauerei, aber es ändert nichts. Aber ihr seht ja letzten Endes das Ergebnis was dabei herauskommt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Das ist eine Frechheit.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Darf ich bitte einmal ausreden. Der Bürgermeister Leithenmayr hat immer „geleitet“, wenn es zu laut ist.

Gelächter

Ordnungsruf

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bist du jetzt zufrieden?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich habe ja nicht ausreden können.

Warum sitzen wir eigentlich da als Statutarstadt oder als Gemeinderäte und Gemeinderätinnen und sollen über etwas abstimmen. Wozu denn? Wozu sitzen wir denn dann herinnen und sagen ja oder nein, wenn die das angeblich dort oben eh nicht interessiert?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Das brauchst du eh nicht tun.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Das ist mir ehrlich gesagt ganz egal, aber tu nicht so, wie wenn du an Gott glauben würdest oder an die oberösterreichische Landesregierung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Der Kollege Schuster hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT MAG. ERWIN SCHUSTER:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wertes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, vielleicht kann ich jetzt etwas beitragen zur Beruhigung der aufgeheizten Stimmung bei einem wirklich hochinteressantem Thema und melde mich als Hinterbänkler sozusagen auch wieder einmal zu Wort.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Na, setz dich halt nach vorne.

Gelächter

GEMEINDERAT MAG. ERWIN SCHUSTER:
Ich bin ja dort eingeteilt worden.

Ich glaube, ich bin kein Jurist, aber mir ist eigentlich ziemlich klar, dass eine kleine Fraktion, ganz egal aus welcher Partei, z. B. die Bundesverfassung nicht ändern kann. Das nehme ich fast an und das dürfte auch so sein. Es ist auch so, dass im Endeffekt, wie auch immer mit was für Problematiken der Landtag halt das Stadtstatut beschlossen hat, mit großer Mehrheit, wie ich heute gehört habe und dass daraus zwingend, und das sagen Juristen, eine Geschäftsordnung abzuleiten ist und die im Gemeinderat beschlossen werden muss und natürlich auf die Punkte des Stadtstatutes Rücksicht genommen werden muss. Das ist eigentlich eine logische Folge. Daher verstehe ich auch nicht ganz die Diskussion. Mir kommt das so ein bisschen vor also wie die Regierung die Promillegrenze von 0,8 auf 0,5 % heruntergesenkt hat und der Autofahrer sagt, ich trinke trotzdem auf 0,8 Promille weiter.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Genau. Als Nächste zur Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Braunsberger.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Hohes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Vorab, ich bin Stadtpolitikerin und ich vertrete die Rechte und Interessen der Bürger der Stadt Steyr. Und zu dem, dass wir sie ausgegrenzt hätten, möchte ich auch dazu sagen, dass im Rechtsausschuss Sie zu uns gesagt haben, so, die Statutenänderungen stehen bevor, wir sollen einmal eine Meinung abgeben an Linz gerichtet ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Mich haben sie angeleiert.

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Sie haben gesagt wir sollen ein Statement abgeben. Dann habe ich gesagt, da gibt es nur mehr einen Rechtsausschuss davor, könnten wir darüber noch einmal diskutieren. Nein, die in Linz wollen das bis Ende Oktober haben, da gibt es keinen mehr, haben sie darauf geantwortet. Sie haben uns ja regelrecht gezwungen, dass wir uns, die anderen Fraktionen, zusammensetzen, weil sie im Schmollwinkel gesessen sind.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Einen kleinen Rückblick möchte auch ich starten. Wir sind eigentlich von vorne bis hinten nach Strich und Faden zum Narren gehalten worden. Das was wir aufgesetzt haben, ist überhaupt nicht berücksichtigt worden und die Statutenänderung ist, genau Herr Kollege Apfelthaler, sie haben vollkommen Recht, eine Zumutung für die politischen Minderheiten. Das sollte auch einmal in aller Deutlichkeit gesagt werden. Das ist ein demokratisches Grundrecht und da reden wir von der Spitze der Rechtsordnung, von den Grundrechten, das sind die höchsten Bausteine der Verfassung. Ich muss schon sagen, dass das, was in den Statuten steht, ein riesiger Rückschritt in der Demokratiepolitik ist. Es ist eine Verschlechterung der demokratischen Verhältnisse.

„Aktuelle Stunde“. Was ist denn da noch aktuell dran? Drei Tage davor müssen wir es einbringen und man bewaffnet sich mit irgendwelchen sachkundigen Leuten die einem nachher helfen. Dann, der Fraktionsstatus, das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, hängt nunmehr von der Anzahl der Mandatare ab, einer Partei ab, und ich sage aber schon, dass jede Partei, die von den Bürgern gewählt wird und eine solche Stärke zusammenbringt, dass sie in den Gemeinderat Einzug nehmen kann, dass die auch mit Rechten ausgestattet wird und dass sie die Bürger, die sie gewählt haben, auch vertreten kann. Eine Ein-Mann-Partei ist keine Fraktion. Eine Ein-Mann-Partei ohne Fraktionsstatus ist ein ohnmächtiger Statist, was anderes ist er nicht. Der sitzt sich da herein, da könnte man gleich einen Armleuchter oder sonst wem hereinstellen.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Das sind aber nur wenige Punke die eigentlich die Demokratie beschneiden. Da sage ich schon, dass es eigentlich ungeheuerlich ist, mit welcher Willkür die Macht der Stärkeren einzementiert wird. Wie die demokratischen Grundregeln mit Füßen getreten werden, den Kleineren hungert man aus und die Made im fetten Speck füttert man noch.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Eines muss ich auch noch sagen. Wir sollen uns dann noch die Finger dreckig machen und so etwas unterstützen und die Geschäftsordnung beschließen? Na, sicherlich nicht, meine Damen und Herren des Gemeinderates.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das schicken wir dem Landeshauptmann.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:
Dieser demokratiepolitische Rückschritt gehört eingebremst. Es ist für uns die einzige Möglichkeit, den Missstand auch aufzuzeigen. Das Recht auf Demokratie im Gemeinderat ist ein höherrangiger Rechtsanspruch. Manch einer hat uns als gallisches Dorf bezeichnet. Meine Damen und Herren, damit kann ich leben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Aber eines muss man schon sagen, die Rede wäre passend, wenn du Landtagsabgeordnete bist, dann ist sie passend, weil das Land hat ja das beschlossen.

Wünscht noch jemand das Wort? Herr GR Keiler bitte.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:
Wir sprechen über ein oberösterreichisches Landesgesetz, genauso wie es die Gemeindeordnung eine wäre. Ich stelle mir einmal vor, wie viele Gemeinden gibt es in Oberösterreich?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
445.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:
Ziehen wird die drei Statutarstädte ab und alle diese über 400 kommen jetzt nach Linz zum Herrn

Landeshauptmann, weil sie politisch ja diesen Gemeinden dem näher stehen und sagen in der Gemeindeordnung gibt es was, das gefällt uns nicht, das möchten wir bitte geändert haben. Dann bin ich gespannt, was der Herr Landeshauptmann dazu sagen wird. Weil die Gemeindeordnung gilt für die Gemeinden außer den drei Statutarstädten genauso wie für uns das Stadtstatut. Da hätten alle 450 Gemeinden in Oberösterreich genau dasselbe Recht zu sagen die gefällt uns nicht, wie wir das Recht haben zu sagen das Stadtstatut gefällt uns nicht. Ich glaube das zu fordern oder auch nur daran zu denken ist absurd. Ich habe mir dann noch ein paar Landesmaterien aufgeschrieben, also die dem Landesgesetzgeber obliegen zu verabschieden. Die oberösterreichische Bauordnung. Ich bin mir sicher, wir finden einige Bestimmungen in der oberösterreichischen Bauordnung die, wenn man die Bürger der Stadt Steyr vertritt oder die Finanzen der Stadt Steyr im Auge hat, uns nicht gefallen und die aus unserer Sicht änderungsbedürftig und änderungswürdig wären. Ich bin mir sicher, wir finden einige. Genauso wird es beim Jugendschutzgesetz oder beim Sozialhilfegesetz sein, das uns immens viel Geld kostet. Aber kein Mensch wird im Traum daran denken nach Linz zu marschieren und sagen, bitte, das kostet die Stadt Steyr zu viel Geld, können wir da nicht etwas ändern, weil wir vertreten ja die Bürger der Stadt Steyr und alles andere ist uns egal und wir möchten dieses Landesgesetz geändert haben. Auf die Antwort, die man da bekommt, bin ich gespannt. Da würde ich dann auch zustimmen, dass man dann als Lausbub da steht, weil wem anderen kann man so eine Dummheit nicht zutrauen.
Nur noch ein paar Beispiele. Die Hundehalterverordnung von vor zwei Jahren. Da gibt es sicher vieles, was ich daran auszusetzen hätte, aber glauben Sie, dass ein Landtagsabgeordneter oder gar die Landesregierung bereit wäre da im Sinne der Stadt Steyr irgendwas anzupassen. Was ist mit der Fischerei? Eines meiner Lieblingsthemen. Ich möchte das Landesgesetz geändert haben, weil der Huchen der da unten vorm Rathaus herumschwimmt ist nur 99 cm und deswegen darf ich ihn nicht fangen. Bitte ich möchte dieses Landesgesetz geändert haben, weil es wäre im Sinne der Stadt Steyr, dass Huchen schon mit 90 cm gefangen werden dürfen, weil Steyr sieht das ganz anders als das Land. Beim Naturschutz und beim Jugendschutz würden mir noch viele Beispiele einfallen. Also es ist absurd als Gemeinderat einer Stadt die Änderung eines Landesgesetzes zu beantragen. Wünschen darf man sich's, aber leider ist der demokratische Prozess, ich wiederhole meine Vorredner, abgeschlossen. Wir dürfen es zur Kenntnis nehmen ob wir es gutheißen oder nicht, das ist eine andere Frage und die haben wir hier leider nicht zu beantworten. Sie würde, auch wenn sie negativ beantwortet werden würde, kaum an den Umständen etwas ändern. Ich danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Sie haben eines vergessen, dass wir ja gar nicht eingeladen wurde mitzuarbeiten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Na was denn?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Es ist die Einladung erfolgt und beschlossen wird es beim Land, so wie sie es für richtig befinden.

Stephan danke, jetzt haben wir wieder die Kirche ein bisschen im Dorf gelassen, weil zuerst ist es ja schon ganz abhanden gekommen.

Nächster ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
So, meine sehr geehrten Damen und Herren jetzt kommen wir vom Speck über die Huchen hoffentlich wieder zum Kernthema zurück, nämlich dass hier vier Fraktionen in diesem Raum der Meinung sind, dass es demokratiepolitisch bedenklich ist. Erstens einmal die SPÖ, und das ist Fakt und vielleicht korrigiert mich der Vizebürgermeister Bremm wieder, war nicht bereit sich mit uns vier Fraktionen zusammen zu setzen und zuerst intern eine Stadtmeinung zu bilden. Das war eine klare Weigerung, das machen wir nicht. Zweitens, und das ist glaube ich unbestritten, es ist eine Verschlechterung für die kleinen Parteien gegenüber der Situation vorher. Da ist hoffentlich jeder mit mir einer Meinung. Drittens, die SPÖ Steyr war sehr wohl mit dem Statut einverstanden. Klare Meinungsäußerung gegenüber Land, wir sind damit einverstanden.
Fünftens: Wenn das Land über unsere, glaube ich berechtigten, Interessen drüberfährt, dann soll das Land auch die Rechtmäßigkeit herstellen. Wir nehmen für uns das Recht in Anspruch, wenn wir abstimmen, wenn wir die Wahlmöglichkeit haben, sonst würde es ja nicht da liegen, dass wir das nicht so zur Kenntnis nehmen, sondern gegenüber dem Land ein klar sichtbares Zeichen setzen

wollen, dass wir mit dieser Vorgangsweise, mit einer Verschlechterung der Demokratie bei uns in Steyr nicht einverstanden sind. Ich glaube, dass muss uns sehr wohl unbenommen sein. Wir wissen, dass das Land die Möglichkeit hat, die Rechtmäßigkeit herzustellen, bitte dann sollen sie es machen, wieder über unsere Köpfe hinweg, wie auch schon bei dieser Statutenänderung, aber hier zuzustimmen und zu sagen, ja das passt und wir sind einverstanden, das kann niemand von uns verlangen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Hauser.

STADTRAT WILHELM HAUSER:
Geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Schön langsam zweifle ich daran, ob sich alle bewusst sind, dass wir in einem Rechtsstaat leben, denn ein jeder von uns hat gelobt, Gesetze zu vollziehen und es ist hier nicht das Thema ob wir ein Gesetz abändern wollen oder nicht, sondern es ist lediglich gefragt, bzw. zwingend vorgeschrieben, dass wir uns eine Verordnung erlassen, die uns ermöglicht die Gesetze zu vollziehen, die bestehen. Daher würde ich schön langsam darauf appellieren, dass sich alle wieder bewusst werden, welche Aufgaben sie haben. Denn, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, eines möchte ich schon dazu sagen, ein paar tun da herinnen im Gemeinderat so, als wie wenn sie sich nirgends äußern dürften, als wie wenn sie nirgends ernst genommen würden und dann müssen sie das auch dort deponieren, wo sie nicht ernst genommen wurden. Denn klassisch ist es so, dass die Mehrheiten in diesem Lande der gesetzgebenden Körperschaften schon dort liegen, bei denen die sich jetzt hier herinnen am meisten aufregen, dass es ihnen nicht passt. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte schon eines dazu sagen, wenn wir hier jetzt darüber diskutieren, dass es sozusagen eine Frage der Menschenrechte ist, unter anderem ob eine Fraktion 2 Leute haben muss, damit sie eine Fraktion ist oder nicht, dann muss ich schon dazu fragen, warum es bis jetzt noch niemanden in Österreich gestört hat, dass im Nationalrat ab 5 Leute erst ein Club besteht. Das ist offensichtlich alles gegen die Menschenrechte und, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich würde daran appellieren, dass wir unsere Aufgaben so wahrnehmen, wie sie sich gehören. Wenn in dem § 42 des Stadtstatutes drinnen steht, dass wir eine Geschäftsordnung zu erlassen haben, damit dieser Gemeinderat gesetzeskonform handeln kann, dann ist es auch unsere verdammte Pflicht, das zu tun.

Beifallskundgebung

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vizebgm. Bremm zum zweiten Mal.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ich möchte es nicht mehr recht verlängern, aber ich möchte schon noch eines sagen, weil der Kollege Mayrhofer gesagt hat, wir haben uns geweigert. Jede Fraktion hat die Möglichkeit gehabt und ist vom Bürgermeister aufgrund des Schreibens vom Land aufgefordert worden, eine Stellungnahme zur Änderung dieser Statuten vorzunehmen. Jede Fraktion hat das tun können. Wie das jede Fraktion macht, ist euch selber überlassen, dass ihr 4 euch zusammengetan habt, ist eure Angelegenheit, dass wir es gemacht haben, ist unsere Angelegenheit.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Wir haben gesagt, setzen wir uns alle 5 zusammen, hast du „nein“ gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Jede Fraktion hat ihre Möglichkeit gehabt.

Unverständliche Zwischenrufe

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Weil wir das da nicht bestimmen.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Eine Umarmung ist ehrenwert, aber wir haben eh selber auch eine Meinung und ich möchte nur einen

Satz zitieren, den wir grundsätzlich zu dem Thema auch schriftlich an die Landtagsdirektion geschrieben haben. „Von der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wurde einleitend mitgeteilt, dass seitens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion im Gemeinderat der Stadt Steyr über die Anpassung der Wertgrenzen hinaus kein Änderungsbedarf für das Statut der Stadt Steyr gesehen wird.“ Das war unsere grundsätzliche Haltung zu dem Thema Statutenänderung. Es ist anders gewesen, das Land Oberösterreich hat es anders entschieden und hat da eine Entscheidung getroffen. Ich möchte das wirklich unterstreichen, wie es der Kollege Hauser gesagt hat, das haben wir auch nachzuvollziehen, aber im Parlament ist das natürlich etwas anderes, wie in der Stadt Steyr. Da gilt das nicht, weil die Menschenrechte in Österreich sind anders wie in Steyr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? Frau GR Frech zum zweiten Mal.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich muss mich deshalb noch zu Wort melden, weil ich möchte nicht, dass das so an der Oberfläche hängen bleibt. Der Kollege Hauser hat gemeint, na ja, ob da jetzt eine Fraktion aus einer Person besteht, oder aus zwei oder drei, das ist irgendwie lapidar.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ja, im Parlamentsclub sind es auch erst ab fünf; um die Frage geht es gar nicht, sondern es geht um die Auswirkungen, die damit verbunden sind. Eines möchte ich schon noch sagen, ich weiß nicht ob es sich wirklich jeder so im Detail durchgelesen hat und sich bewusst geworden ist, was das bedeutet. Aber wenn heute in einem Kontrollausschuss, und da hat es einmal einen Spruch gegeben, „Macht braucht Kontrolle“, anscheinend nicht wirklich, weil wenn in einem Kontrollausschuss, wo klar ist, dass logischerweise die Oppositionsfraktionen eher die sein werden, die ein großes Interesse daran haben, diese Kontrolle auszuüben, plötzlich aus stimmberechtigten Mitgliedern besteht – und auch jetzt ist es beispielsweise so, dass ich als „Einfraufraktion“ sogar stimmberechtigt bin im Kontrollausschuss, das ist der einzige Ausschuss, wo ich nicht nur beratend tätig bin, sondern ein Stimmrecht habe. Da hat man sich sicherlich etwas dabei gedacht, wie man diese Regelung früher gemacht hat. Nach der neuen Regelung bin ich nicht nur nicht stimmberechtigt, damit könnte man ja noch gut leben, sondern da wäre ich Zuhörer. Wäre das jetzt schon gültig, wäre ich im nächsten Kontrollausschuss Zuhörer, ich dürfte nicht einmal eine Frage stellen. Ich dürfte mich hineinsetzen, müsste zwei Stunden den Mund halten und dürfte wieder hinausgehen. Ich würde wahrscheinlich keine Unterlagen bekommen, keinen Prüfbericht, ich darf nicht nachfragen, gar nichts. Ich bin zum Statisten degradiert, als gewählter Mandatar und das zeigt eindeutig auf, dass es hier keinerlei Zusammenhang mit Bestimmungen aus der Verfassung gibt. Eine Frage, die für mich jetzt sehr spannend wäre und die es sich wahrscheinlich lohnen würde, durchzuziehen ist, dieses Statut einmal verfassungsrechtlich überprüfen zu lassen bzw. die Geschäftsordnung, die sich daraus ergibt, weil das kann es in einer Demokratie wohl nicht sein, dass die Kontrolle praktisch vollends unterbunden wird, indem man de facto den kleineren Oppositionsfraktionen einen Maulkorb umhängt. Wie gesagt, würde dieses Statut und die Geschäftsordnung – und das hängt beides zusammen – bereits jetzt Gültigkeit haben, dann wäre ich im nächsten Prüfungsausschuss nur mehr Statist und Zuhörer und das kann, glaube ich, nicht im Sinne der Bürger sein. Da kann man schon demokratisch argumentieren, nur genauso demokratisch kann ich argumentieren, die Mehrheit im Kontrollausschuss hat die SPÖ und jetzt könnte sie eigentlich im Kontrollausschuss beschließen, wir lassen in Zukunft keine Kontrollen mehr zu. Dann wäre das wahrscheinlich demokratisch, weil es ja ein Mehrheitsbeschluss ist, aber jeden von uns hier herinnen wäre wohl klar, dass es nicht demokratisch ist und nicht im Sinne der Bürger ist. Genauso ist diese Geschäftsordnung und das Statut nicht im Sinne der Bürger, die wir hier heraußen vertreten sollen.

Beifallskundgebung

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Aber das Statut ist vom Land Oberösterreich beschlossen und das hat Gültigkeit. Das ist ein Gesetz, welches wir zur Kenntnis nehmen müssen.
Bitte Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist für mich eine hoch interessante Diskussion

gewesen, aber sehr oft sehr weit an der Realität vorbei. Es geht hier lediglich um den Vollzug eines Landesgesetzes und ich bitte diesem Ansinnen des Landes nachzukommen. Ich bitte um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke, jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 22 (SPÖ). Wer ist dagegen? 13 (ÖVP, FPÖ, Grüne, Bürgerforum). Der Antrag wurde abgelehnt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist ja unglaublich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wir haben nicht die Zweidrittelmehrheit, es ist so.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich komme zu meinem nächsten und letzten Antrag. Es gibt einen Antrag der Grünen.

12) Präs-419/05 Überprüfung der Repräsentationskosten/Verfügungsmittel des Herrn Bürgermeisters, der VizebürgermeisterInnen, Mitglieder des Stadtsenates und des Magistrates

Der Gemeinderat möge beschließen:

Überprüfung der Repräsentationskosten/Verfügungsmittel des Herrn Bürgermeisters, der VizebürgermeisterInnen, Mitglieder des Stadtsenates und des Magistrates.

Ich möchte gleich erwähnen, dass es dazu einen Abänderungsantrag der SPÖ-Fraktion gibt, der erweitert wird um die Fraktionsobleute.

Es ergeht daher der nachstehende

Abänderungsantrag
an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Antrages der GRÜNEN Steyr vom 22. Juni 2005 sowie des vorliegenden Abänderungsantrages wird der Überprüfung der Repräsentationskosten/Verfügungsmittel des Herrn Bürgermeisters, der VizebürgermeisterInnen, der Fraktionsobleute, der Mitglieder des Stadtsenates und des Magistrates zugestimmt.
Ich bitte diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wer wünscht dazu das Wort. Herr Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Recht viel ist eh nicht mehr zu reden, das Wesentliche steht auch schon in der Rundschau drinnen.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ich denke mir, da brauchen wir eh nicht recht viel darum herumreden. Es war nur irgendwie ein bisschen erstaunlich, ich war halt ein bisschen baff, ich habe auch in der Prüfungsausschusssitzung gemeint, dass die, die geprüft werden, am allerwenigsten damit ein Problem haben. Ich glaube, so ein gewisses Schutzverhalten war irgendwie zu verzeichnen und die älteren Gemeinderäte haben dann eh gemeint, das ist wie beim Alkotest, wenn du das Blasen verweigerst, dann bist zu besoffen. Also, ich habe mir nicht vorstellen können, dass irgendwie ein anderer Effekt daraus entstünde. Mit dem Zusatz habe ich überhaupt kein Problem, wir freuen uns eh, wenn wir noch mehr prüfen dürfen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke, wünscht noch jemand das Wort? Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Nur der Vollständigkeit halber, damit das Kontrollamt auch weiß, was es prüfen soll, sollte man vielleicht auch noch den Zeitraum angeben, in welchem Zeitraum diese Prüfung stattfinden soll, die letzten 5 Jahre, 10 Jahre, 20 Jahre, 25 Jahre, damit klar ist, was der Rahmen ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? Herr Vizebgm. Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, dass es vernünftig wäre, dass man diese Funktionsperiode nimmt, weil es werden ja die Aktiven, die diese Verfügungsmittel und Repräsentationskosten haben, die werden ja geprüft. Gerade in der letzten Periode, bzw. in der vorletzten Periode haben ja gravierende Änderungen stattgefunden und ich glaube, dass das jetzt in den Zeitraum der letzten Wahl sinnvoll wäre. Es ist der Leithenmayr nicht mehr da, es ist der Pfeil nicht mehr da etc. Die Fraktionsvorsitzenden wissen das ja, weil sie es selber auch bekommen, aber es gibt ja eh ganz klare Vorgaben, für was die Mittel verwendet werden und ich würde vorschlagen, dass wir diesen Zeitraum nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Gibt es noch eine Wortmeldung? Ich glaube auch, dass das am günstigsten ist und dass keiner von uns Probleme hat.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wenn ich was sagen darf, ich habe damit nie ein Problem gehabt, ich bin selbstverständlich bereit, dass da alle Beträge überprüft werden und ich bitte, darüber abzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Mit dem Zusatz, ab 2003. Danke, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer dafür ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Erfreulich, einstimmige Annahme.
Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt eine Pause von 20 Minuten machen.

PAUSE VON 16.31 UHR BIS 17.03 UHR

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen unsere Sitzung mit dem Punkt 13 fort, Berichterstatterin Frau Vizebürgermeisterin Mach.

BE:VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um den Jahresabschluss des Alten und Pflegeheimes Tabor und um die Genehmigung des Gemeinderates. Ich möchte dazu sagen, wir haben das ja in der letzten Sitzung ausführlich berichtet bekommen, es war von der Donauberatung der Herr Präuer hier und hat uns natürlich die Bilanz erklärt. Ich ersuche auch hier um Zustimmung, möchte aber gleich dazu sagen, die Änderung war ja im November, dass eine Anzahl von Bewohnern vom Tabor ins Münichholz übersiedelt sind und jetzt am Tabor 237 Bewohnerinnen und Bewohner sind und auch die Mitarbeiter natürlich laut Pflegeschlüssel vorhanden sind, also ca. 160 Mitarbeiterinnen sind noch im Alten- und Pflegeheim Tabor. Ich möchte auch die Gelegenheit nützen, allen Mitarbeiterinnen herzlich für ihre Arbeit und ihre Leistung zu danken und ich glaube es ist notwendig, dass man ihnen wirklich einen Dank ausspricht, denn sie leisten hervorragende Arbeit.
Antrag des gemeinsamen Verwaltungsausschusses für das APT und das APM an den Gemeinderat

13) Fin-129/05 Alten- und Pflegeheim Tabor – Jahresabschluss 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Jahresabschluss 2004 des Alten- und Pflegeheimes Tabor wird in der vorliegenden Form genehmigt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Engelbert bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Frau Bürgermeister. Ich möchte nur auf eine Sache hinweisen, wenn sie beim Durchschauen dieser Akten gesehen haben, dass bei den Personalkosten noch nicht die ganz große Minderung gekommen ist, dann ist das bitte kein Hinweis, dass wir dort oben nicht gespart haben, sondern da sind noch eine ganze Reihe von Abrechnungen, die jetzt noch hereinkommen in dieses Jahr, die uns dann im nächsten Jahr wegfallen. Ich möchte nur darauf hinweisen, denn wir im APT sparen wirklich, also man muss sagen, es wird wirklich zu tiefst gespart und ich möchte mich bei der Frau Bürgermeister anschließen, wir müssen den Damen und Herren, die dort oben arbeiten, sich für die Bewohner einsetzen, wirklich danken, denn bei all den Möglichkeiten des Einsparens und notgedrungenen Einsparungsmöglichkeiten ist das Leben immer schöner dort oben, es wird immens viel geboten. Also, es ist jetzt wirklich eine Atmosphäre dort oben, wir sind – und das möchte ich auch ganz klar sagen – kein Altenheim zweiter Güte geworden, sondern wir sind sehr wohl ein wirklich gutes Altersheim. Das war ja die große Frage, wie wird's denn sein, wenn im Münichholz alles neu ist, haben wir denn dann am Tabor noch jemanden. Wir müssen sagen, durch das Bestreben der Bediensteten sind wir auch oben am Tabor ein ganz präzises, wunderbares Altenheim, soweit man bei einem Altenheim von wunderbar reden kann. Dann Frau Bürgermeister, eine Frage; sie haben ja das letzte Mal gesagt, eine Entscheidung vom Landesrat Ackerl ist gekommen, kein Umbau, sondern ein Neubau, vielleicht können sie uns da ein paar Dinge sagen, wie jetzt die Überlegungen sind.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich kann nur eines sagen, dass ich übernächste Woche beim Landesrat Ackerl einen Termin habe, da geht es einmal darum, wie er sich die Finanzierung vorstellt. Ich habe das jetzt einmal auch zur Prüfung weitergegeben, die Überlegungen sind halt so, dass man sagt, man muss einen Neubau machen. Natürlich ist auch wichtig, dass die Finanzierung steht und der Neubau soll am vorhandenen Grundstück sein, das habe ich auch oben gesagt, denn es ist schwer, wir brauchen die Plätze. Wir haben in beiden Häusern jetzt schon eine Warteliste und der Druck wird immer größer. Nur muss uns eines bewusst sein, wir haben jetzt 237 Bewohner wir werden aber auch durch einen Neubau nicht mehr Bewohner unterbringen. Erst mit einem zukünftigen Haus machen wir eine Erweiterung, aber momentan ist es so, dass ein Neubau notwendig ist. Ich kann mich Ihnen nur anschließen, dass die Pflege oben genauso gut wie unten ist und es fühlen sich auch die Leute wohl. Was auch sehr gut ankommt, ist die Kurzzeitpflege, die wir am Tabor anbieten, gerade jetzt in der Urlaubszeit, also auch da sind die Betten immer voll und ich bin sehr froh, dass wir das eingeführt haben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Der nächste Punkt ist eigentlich der gleiche, nur betrifft es das Alten- und Pflegeheim im Münichholz. Wir haben eh bei der Sitzung darüber gesprochen, dass das erst einen Monat in Betrieb ist und die Bilanz für einen Monat sagt natürlich noch nicht so viel aus. Wir werden in der nächsten Sitzung im Herbst die Abrechung vom ganzen Neubau bekommen und dann wird es erst nächstes Jahr so sein, dass wir da Vergleiche stellen können.

Antrag des gemeinsamen Verwaltungsausschusses für das APT und das APM an den Gemeinderat

14) FIN-130/05 Alten- und Pflegeheim Münichholz – Jahresabschluss 2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Jahresabschluss 2004 des Alten- und Pflegeheimes Münichholz wird in der vorliegenden Form genehmigt.

Ich ersuche auch hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
In meinem nächsten Punkt geht es um die Subvention für das Tagespflegezentrum Ennsleite. Viele von euch werden es ja kennen, am 17. 06. haben sie ja den Tag der offenen Tür gehabt und ich glaube, er ist sehr gut angekommen, ich war selber auch oben. Die Tagespflegezentren sind Einrichtungen, die wir auch dringend in der Stadt Steyr brauchen und ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir in beiden Stadtteilen, wo jetzt schon die Überalterung vorhanden ist, dass wir dieses Angebot haben.

15) Fin-65/01 OÖ Hilfswerk – Tagespflegezentrum Ennsleite; Subventionsansuchen für den laufenden Betrieb 2005.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 31. Mai 2005 wird dem OÖ Hilfswerk, Dametzstraße 6, 4020 Linz, für den laufenden Betrieb des Tagespflegezentrums Ennsleite im Jahr 2005 eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von

€ 72.700,-- (Euro zweiundsiebzigtausendsiebenhundert) gewährt.

Die hiefür erforderlichen Mittel werden bei der VSt. 1/424000/757100 freigegeben.

Ich ersuche den Gemeinderat um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.
Ich danke der Berichterstatterin, nächster Berichterstatter, Herr Vizebgm. Bremm.

BE:VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren. Im ersten Antrag geht es um den Verkauf eines Grundstückes im Stadtgut an Herrn Hans Pichler. Wir haben grundsätzlich einen Beschluss vom Gemeinderat am 25.11.2004, dann ist aber festgestellt worden, dass bei diesem Grund eine Aufschüttung ist und dadurch hat es noch einmal Nachverhandlungen gegeben, die geprüft worden sind und die ihre Richtigkeit haben.

16) ÖAG-11/04 Verkauf des Grundstückes 713/3, Grundbuch Gleink, an Herrn Hans Pichler, 4407 Steyr-Gleink, Mayrhoferstraße 2; Änderung des Beschlusses des Gemeinderat vom 25.11.2004.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 4. Juli 2005 wird in Abänderung des Beschlusses des Gemeinderates vom 25. November 2004 dem Abschluss des in der Anlage beigeschlossenen Kaufvertragsentwurfes mit Herrn Hans Pichler, 4407 Steyr-Gleink, Mayrhoferstraße 2, zugestimmt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 47 Abs. 5 StS 1992 idgF. zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses, insbesondere zum Abschluss des Kaufvertrages, ermächtigt. (Beilage)

Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.
BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt geht es um den Heizkesseltausch in der VS Plenklberg. Es ist im Amtsbericht erläutert.

17) GHJ2-42/05 Heizkesseltausch VS Plenklberg, Punzerstraße 11.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 07. Juni 2005 wird der Auftragsvergabe für den Heizkesseltausch in der VS Plenklberg, Punzerstraße 11, an die

Fa. Klausriegler, Steyr – Heizungsanlage (€ 19.369,84)
Fa. Kammerhofer, Steyr – Elektroarbeiten (€ 2.600,--)
Fa. Seywaltner, Steyr – Malerarbeiten (€ 2.000,--)
Fa. Leutgeb, Steyr – Fliesenlegearbeiten (€ 2.600,--)
Fa. Haidenthaler, Steyr – Kaminsanierung (€ 6.500,--)
Stadtwerke Steyr – Hausanschluss (€ 3.000,--)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben wird eine Kreditübertragung in Höhe von

€ 36.500,-- inkl. USt. von der VA-Stelle 5/029000/010000 (Rathaus – Gebäude)

zur VA-Stelle 5/211000/010000 (Volksschulen – Gebäude)

bewilligt und der Betrag bei dieser Haushaltsstelle freigegeben.

Ich ersuche auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt geht es um den Ankauf eines Kleintransporters für den Straßendienst. Hier geht es auch um eine Kreditübertragung. Es ist im Amtsbericht erläutert, wieso das so möglich ist.

18) KD-27/05 Ankauf eines Kleintransporters (Kastenwagen) für den Straßendienst; Ersatzbeschaffung; Kreditübertragung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches VII, Fachabteilung für kommunale Dienstleistungen vom 17. Juni 2005 wird für den Ankauf eines Kleintransporters (Kastenwagen)

1. der Übertragung der finanziellen Mittel in der Höhe von € 21.900,-- von der VA-St. 5/852000/040000 (Müllbeseitigung – Fahrzeuge) auf die VA-St. 5/820000/040000 (Komm. Dienstleistungen/Straßendienst – Fahrzeuge),
2. der Auftragsvergabe zur Lieferung eines Kleintransporters an das Autohaus Opel-Wieser, Haratzmüllerstraße 76, 4400 Steyr, zum Preise von
€ 21.838,80 inkl. 20 % Ust. und
3. der Mittelfreigabe für den Ankauf eines Kleintransporters in Höhe von € 21.900,-- inkl. 20 % Ust. bei der VA-St. 5/820000/040000 (Straßendienst – Fahrzeuge)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 21.900,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche daher, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ein erfreulicher Antrag, der aber viel Geld kostet, das ist die Neubestuhlung im Stadttheater. Es sind ja immer mehr Sessel kaputt geworden und es waren keine Sessel zum Austausch mehr vorhanden und daher ist die Neubestuhlung in einem Teilbereich notwendig geworden.

19) GHJ2-21/05 Neubestuhlung Stadttheater.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 10. 05. 2005 wird der Auftragsvergabe zur Neubestuhlung des Stadttheaters an die

Fa. Cento Design, Wien € 188.390,50 exkl. USt.
Fachabteilung Kommunale Dienste (GB VII) € 5.000,-- exkl. USt.
Fa. Huber, Steyr € 5.725,-- exkl. USt.

zugestimmt.

Zur finanziellen Bedeckung dieser Sanierungsarbeiten wird der

Mittelfreigabe von

€ 200.000,-- exkl. USt. (zweihunderttausend) bei der VA-Stelle 57323000/043000 (Stadttheater Betriebsausstattung)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 200.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Ich ersuche, auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt geht es um den Vollwärmeschutz der VHS. Ich ersuche auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

20) GHJ2-26/05 Vollwärmeschutz Volkshochschule.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 13. 05. 2005 wird der Auftragsvergabe zur Herstellung des Vollwärmeschutzes bei der Volkshochschule an die

Fa. Nograsek, Steyr – Vollwärmeschutz

zugestimmt.

Es wird daher um Genehmigung einer Kreditübertragung im Betrag von

€ 15.000,-- von der VA-Stelle 5/213000/010000 (Sonderschule) auf die VA-Stelle 5/270000/010000 (Volkshochschule – Instandhaltung von Gebäuden)

und um eine Mittelfreigabe von

€ 66.000,-- inkl. USt. bei der VA-Stelle 5/270000/010000 (Volkshochschule – Instandhaltung von Gebäuden)

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 66.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt geht es um Schulerhaltungsbeiträge für öffentliche Berufsschulen. Es ist hier eine Kreditübertragung sowie Kreditüberschreitung notwendig. Es ist im Amtsbericht eh eine Gegenüberstellung und Darstellung gemacht worden, damit ersichtlich ist, wie sich diese Beiträge entwickelt haben und es daher äußerst schwierig ist im Budget immer die richtigen Budgetmittel zur Verfügung zu stellen. Das ist da fast nicht möglich und dadurch ist eine Kreditüberschreitung auch notwendig. Ich ersuche den Gemeinderat diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

21) Schu-29/04 Schulerhaltungsbeiträge für öffentliche Berufsschulen; Genehmigung von Kreditübertragungen sowie Kreditüberschreitungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 24. Juni 2005 werden Kreditübertragungen von

€ 13.000,-- von VSt. 1/213000/720020 auf 1/220000/720020 und

€ 1.300,-- von VSt. 1/212000/720040 auf 1/220000/720020

sowie Kreditüberschreitungen von € 44.800,-- bei VSt. 1/211000/720040
€ 2.600,-- bei VSt. 1/220000/720020
€ 208.700,-- bei VSt. 1/220000/720120

bewilligt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Gibt es zu diesem Antrag Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall. Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter. Nächster Berichterstatter ist Herr Vzbgm. Dietmar Spanring. Ich bitte um deine Berichte.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:
Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, in meinem ersten Antrag geht es um den Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung entsprechend dem Rechnungsabschluss 2004. Ich ersuche den hohen Gemeinderat zu diesem Zwecke einen Betrag in der Höhe von 796.220,58 freizugeben.

22) Fin-287/03 RHV Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluss 2004; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des beiliegenden Rechnungsabschlusses des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für das Jahr 2004, beschlossen in der Mitgliederversammlung vom 17. Mai 2005, wird der Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung in der Höhe von € 2.284.780,58 (Betriebskostenanteil: € 1.280.389,38; Investitionsnebenkostenanteil: € 904.391,20) zur Kenntnis genommen und der Auszahlung eines Restbetrages in der Höhe von € 796.220,58 (€ 2.284.780,58 abzüglich Akontozahlung von € 1.488.560,--) zugestimmt. (alle Beträge exkl. MWSt.).

Zu diesem Zweck wird bei VASt. 1/851000/754000 ein Betrag in der Höhe von € 796.220,58 (exkl. MWSt.) freigegeben. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Da geht es um einen riesigen Betrag. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:
Im nächsten Punkt geht es um familienfördernde Maßnahmen für OÖ. Gemeindebedienstete – Änderung der Haushalts- und Schulbeihilfe. Mit Schreiben vom 22. 4. 2005 hat die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten einen Antrag auf Änderung der Haushaltsbeihilfe bzw. den Zuschlag zur Haushaltsbeihilfe gestellt. Im Sinne einer Gleichbehandlung aller OÖ. Gemeinde- und Landesbediensteten wird vorgeschlagen, den Zuschlag zur Haushaltsbeihilfe als einmalige Schulbeihilfe wie folgt anzupassen:

45,00 Euro anstelle bisher € 43,60
52,50 Euro anstelle bisher € 50,90
150,00 Euro anstelle bisher € 145,40

Ich ersuche um einen entsprechenden Beschluss.

23) Präs-321/05 Familienfördernde Maßnahmen für OÖ. Gemeindebedienstete; Änderung der Haushaltsbeihilfe und der Schulbeihilfe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Personalverwaltung vom 3. Juni 2005 wird ab sofort der Artikel II, Z. 3 der Richtlinie über die Gewährung der Haushaltsbeihilfe bzw. Zuschlag zur Haushaltsbeihilfe (einmalige Schulbeihilfe) (GR-Beschluss vom 24. 10. 1996) wie folgt geändert:

3. Zur Haushaltsbeihilfe gebührt dem einzelnen Bediensteten pro Kalenderhalbjahr als Schulbeihilfe einmal jährlich ein Zuschlag – beim Auszahlungstermin Dezember -, der nach dem Alter der Kinder gestaffelt ist.

Dieser Zuschlag beträgt für Kinder
a) im 6. und 10. Lebensjahr € 45,00
b) vom 15. bis zum 18. Lebensjahr € 52,50
c) vom 19. bis zum 25. Lebensjahr € 150,00

Der Zuschlag zur Haushaltsbeihilfe gebührt nur für Kinder, für die dem Bediensteten die Kinderzulage gebührt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich hätte nur eine Frage. Nachdem es ja da um den Zuschlag zur Haushaltsbeihilfe geht, hätte mich interessiert, was die Haushaltsbeihilfe ist, wie hoch die ist und wofür die gewährt wird. Das ist nur eine Verständnisfrage.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:
Ich denke an sich, das ist eine familienfördernde Maßnahme für OÖ Gemeindebedienstete als

Haushaltsbeihilfe. Die Haushaltsbeihilfe wird mit
200 % jenes Betrages festgesetzt der dem einzelnen Bediensteten pro Kalenderjahr an Kinderbeihilfe gebührt. Das ergäbe für Bedienstete mit einem Kind € 210,-- bis mit 7 Kindern € 1.470,-- Euro.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Sieben Kinder!

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:
Das ist gestaffelt pro Kind, pro Kalenderjahr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Also 210,-- Euro für ein Kind.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:
Mit einem Kind und dann entsprechend gestaffelt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So, gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:
In meinem nächste Punkt geht es um das OÖ Landesbeamten-Pensionsreformgesetz.

24) Pers-763/99 OÖ. Landesbeamten-Pensionsreformgesetz; Pensionskassenvertrag mit der APK Pensionskassen Aktiengesellschaft, 1031 Wien,
Landstraßer Hauptstraße 26; Vertragsänderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Personalverwaltung vom 20. Juni 2005 werden die Änderungen des Pensionskassenvertrages gemäß Beilage 1 und Beilage 2, mit denen der Pensionskassenvertrag vom 29. 3. 2005 mit der Gültigkeit ab 1. Mai 2005, abgeschlossen zwischen der Stadt Steyr (Beamte und Vertragsbedienstete) und der APK-Pensionskasse AG geändert bzw. ergänzt wird, beschlossen. (Beilage)

Ich ersuche um Beschlussfassung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter. Nächster Berichterstatter ist Herr StR Mayrhofer.

BE: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich hoffe Sie können sich noch erinnern als meine Mappe ungefähr so hoch war. Das war vor dem letzten Budget. Mittlerweile müssen wir mit so einem Mapperl vorlieb nehmen. Der Kollege Bremm hat eine 10 x so hohe Mappe, aber es ist so.

Beim ersten Antrag geht es um Kanäle, die teilweise Neubauflächen sind, und Nachrüstprogramm in Bereichen wo noch kein Kanal ist. Es ist dafür notwendig Mittel in Höhe von 424.082,88 Euro freizugeben und ich ersuche um Zustimmung. Es ist ein Dringlichkeitsbeschluss.

25) BauT-8/04 Kanalisation Stadt Steyr – Kanalneubau 2005
1. Gleink – Neustift
2. Gleink – Schillhubergründe
3. Gleink – Rieglergründe
4. Gründberg – Mayrpeterweg
Antrag um Vergabe und Mittelfreigabe zur Kanalerrichtung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 2. Mai 2005 wird die Fa. Gerstl, Kalkofenstraße 24, 4600 Wels, mit der Errichtung für die im Betreff angeführten Kanäle in Höhe von EUR 424.082,88 exkl. MWSt. beauftragt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 424.082,88 exkl. MWSt. werden bei der VSt. 5/851000/0040000 „Ausbau weiterer Kanäle“ freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 424.082,88 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1991 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Habt ihr alle die Summen gehört?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Schönauer- und Vorlandbrücke. Hier geht es um die Asphaltbelagserneuerung. Derzeit wird ja der flussaufwärts gelegene Randbalken saniert. Nach Fertigstellung wird ebenfalls ein Asphaltbelag über die Fahrbahnfläche gemacht. Und zwar bis zur Kreuzung Werndlstraße hinauf. Dafür sind 98.500,-- Euro notwendig. Ich ersuche um Zustimmung.

26) BauBrü-2/01 Schönauer- und Vorlandbrücke; Asphaltbelagserneuerung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 1. Juni 2005 wird der Vergabe der Asphaltierungsarbeiten auf der Schönauer- und Vorlandbrücke sowie den zusätzlichen Belagsarbeiten bis zur Kreuzung Werndlstraße – Tomitzstraße in einer Gesamthöhe von EUR 81.484,19 an die Fa. Straßen- und Pflasterbau GmbH, Steyr sowie der Vergabe der anschließenden Bodenmarkierungsarbeiten in Höhe von EUR 17.056,80 an die Fa. Ing. Otto Richter & Co, Wienersdorf, zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel im Gesamtausmaß von EUR 98.550,-- werden bei der vorhergesehenen VSt. 5/612000/002270 „Gemeindestraßen, Straßenbau Brückenerhaltung“ freigegeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, letzter Punkt bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Im letzten Antrag geht es um die Errichtung des Rückhaltedammes Dorningerbach. Wir haben gerade gestern vernommen vom Landesrat Anschober, dass die Mittel heuer noch freigegeben werden. D. h., wir können heuer bereits mit dem Bau beginnen. Hier geht es um die Verpflichtungserklärung und Freigabe unseres Anteils. Das sind 75.000,-- Euro. Ich ersuche um Zustimmung.

27) Wa-4/01 Errichtung des Rückhaltedammes Dorningerbach; Verpflichtungserklärung und Freigabe der Mittel.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 9. Juni 2005 wird der Beauftragung des Amtes der OÖ Landesregierung, Gewässerbezirk Linz, Errichtung des Rückhaltedammes Dorningerbach als erste Hochwasserschutzmaßnahme am Dorningerbach in voraussichtlichem Ausmaß von EUR 400.000,-- durchzuführen, sowie der Verpflichtungserklärung und der Bereitstellung des 20 %igen Interessentenbeitrages in Höhe von EUR 80.000,--, zugestimmt.

Die Mittelaufbringung bei der vorgesehenen VSt. 5/631000/004000 „Konkurrenzgewässer; Wasser- und Kanalisationsbauten“ erfolgt

1. durch Freigabe in Höhe von EUR 75.000,-- im Jahr 2005 und
2. durch evt. erforderliche Ausfinanzierung im Ausmaß von EUR 5.000,-- im Jahr 2006.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von EUR 75.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

So, wir haben heute bei unserer Gemeinderatssitzung insgesamt 2.349.370,-- Euro ausgegeben. Wir sind damit am Ende unserer Tagesordnung.

Ich wünsche allen einen erholsamen und schönen Urlaub. Danke schön.

ENDE DER SITZUNG: 17.20 UHR

DER VORSITZENDE:
Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

DIE PROTOKOLLFÜHRER:
Christian Aichmayr
Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER:
GR Mag. Gerhard Klausberger
GR Walter Gabath